



Postfossile Zukünfte: Strukturwandel gemeinsam gestalten

Windkraftanlage Foto erstellt von gpointstudio - de.freepik.com

Institut für Strukturwandel und
Nachhaltigkeit (HALIS) der
Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg
Halle (Saale), 2023

Herausgeber:innen

Jonathan Everts
Asta Vonderau
Christian Tietje
Azar Aliyev
Mareike Pampus
Felix Kolb

Die HALIS-Konferenz „Postfossile Zukünfte: Strukturwandel gemeinsam gestalten“ (6.-7.10.2022) fand in Zusammenarbeit mit der Stabsstelle des Landes Sachsen-Anhalt statt und wurde von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und der Stabsstelle finanziert. Der Konferenzband baut auf den inhaltlichen Beiträgen der Konferenz auf und fasst die wichtigsten Erkenntnisse und Diskussionspunkte zusammen.

Impressum

Herausgeber: Institut für Strukturwandel und Nachhaltigkeit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (HALIS), Jonathan Everts, Asta Vonderau, Christian Tietje, Azar Aliyev, Mareike Pampus, Felix Kolb

Redaktion: Mareike Pampus und Felix Kolb

Layout und Druckvorstufe: Kseniia Krylova

Umschlagbild: Windkraftanlage Foto von [gpointstudio - de.freepik.com](https://www.gpointstudio.de/freepik.com)

Fotos: HALIS

ISBN: 978-3-96670-179-2

Inhalt

Autor:innenverzeichnis	5
Editorial	9
Auf dem Weg in eine postfossile Zukunft?	10
<i>Jonathan Everts, Asta Vonderau, Azar Aliyev</i>	
Grußwort der Rektorin der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg	12
<i>Claudia Becker</i>	
Politische Perspektiven	14
Der „JTF“ – Fonds für den gerechten Übergang – Ein Appell für mehr Partnerschaft und Teilhabe	15
<i>Dørte Pardo López</i>	
„Strukturpolitik auf Bundesebene oder ein Einblick in ein Bundesministerium“	19
<i>Urte Hertrampf</i>	
Innovation und Partizipation – Schlüsselbegriffe im anstehenden Strukturwandel	24
<i>Franziska Krüger</i>	
Von der Vogel- in die Froschperspektive: Praxisbeispiele aus Hohenmölsen.....	29
<i>Andy Haugk</i>	
Kurs setzen im Strukturwandel – Mit dem REVIERKOMPASS zu neuen Wegen für Wertschöpfung und Innovation im Mitteldeutschen Revier	33
<i>Henning Mertens</i>	
Konferenzstimmen zum Strukturwandel	38
Wissenschaftliche Perspektiven	41
Sekundärrohstoffe – Was passiert mit der ersten Ableitung des Kohleausstiegs.....	42
<i>Ralf Wehrspohn</i>	
Regulierung des grenzüberschreitenden Rohstoffhandels – zentrale Elemente eines internationalisierten Strukturwandels.....	44
<i>Christian Tietje</i>	
Fossil-free social movements in South Africa.....	49
<i>Jasper Finkeldey</i>	
Braunkohleausstieg im Mitteldeutschen Revier: <i>Strukturwandel</i> als politische Leerstelle	52
<i>Felix Schiedlowski</i>	
Implementing the New European Bauhaus	57
<i>Jakob Busse von Colbe</i>	

Alltag zwischen Chemie und Deponie. Zur Unbequemlichkeit des Unlöslichen	62
<i>Janine Hauer</i>	
„Kein schöner Land in dieser Zeit“ - Renaturierung der Bergbaufolgelandschaften	68
<i>Mareike Pampus</i>	
Legacies of Unjust Transitions: Lessons from the South Wales Coalfield	72
<i>Amy Walker</i>	

Autor:innenverzeichnis

Azar Aliyev ist seit Juli 2017 Inhaber der Juniorprofessur für Internationales Wirtschaftsrecht und Rechtsvergleichung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und einer der Direktoren des HALIS. Sein Forschungsinteresse liegt im Bereich des internationalen und ausländischen Wirtschaftsrechts mit einem regionalen Bezug zu Osteuropa und Zentralasien/Kaukasus sowie im internationalen Schiedsverfahrensrechts. Aliyev befasst sich insbesondere mit den Umbrüchen und Transformationsprozessen in den Rechtssystemen und betrachtet damit aus rechtswissenschaftlicher Perspektive internationale Verknüpfungen und Friktionen des Strukturwandels.

Claudia Becker ist Universitätsprofessorin für Statistik an der MLU und seit September 2022 die Rektorin der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Sie engagiert sich seit ihrer Berufung an die MLU 2002 vielfach in der akademischen Selbstverwaltung der Hochschule. So war sie bereits seit 2003 Mitglied des Fakultätsrats der Juristischen und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät und seit 2006 Mitglied der Senatskommission für Studium und Lehre. In den Jahren 2012 bis 2014 war sie Prodekanin des Wirtschaftswissenschaftlichen Bereichs, im Anschluss 2014 bis 2018 Dekanin der Juristischen und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät.

Jakob Busse von Colbe ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft Bereich Planungsforschung und Politikberatung. Er promoviert zur Zeit zu dem Thema „Implementing the New European Bauhaus: Rescaling ‚Strukturwandel‘ challenges in Saxony-Anhalt“.

Jonathan Everts ist Professor für Humangeographie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und einer der Direktoren des HALIS. Seit seiner Promotion befasst er sich mit Theorien sozialer Praktiken unter Anderem in den Bereichen Konsumgeographie, Migrationsforschung und Mensch-Umwelt-Beziehungen. Everts interessiert sich insbesondere für die grundlegenden sozialen Veränderungen, die der Strukturwandel mit sich bringt, wie die Neu- Aushandlung von Wertvorstellungen sowie die Organisation von Lebensstilen und Praktiken.

Jasper Finkeldey ist Postdoktorand am Institut für Politikwissenschaft an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Seine interdisziplinären Forschungsschwerpunkte sind Umweltpolitik, soziale Bewegungen, politische Ökonomie und Ressourcenkonflikte. Zuletzt erschien sein Buch „Fighting Global Neo-Extractivism“ bei Routledge.

Janine Hauer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Interdisziplinäre Regionalstudien der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Sie studierte Europäische Ethnologie an

der Humboldt-Universität zu Berlin und schließt dort ihre Promotion zu projektgetriebenem Landnutzungswandel in Burkina Faso im Kontext eines globalen Reismarktes ab. An der MLU erforscht sie den gesellschaftlichen Umgang mit den (toxischen) Hinterlassenschaften des modernen Lebens anhand von Fallbeispielen in Mitteldeutschland.

Andy Haugk ist bereits seit 2011 hauptamtlicher Bürgermeister der Bergarbeiterstadt Hohenmölsen. Zuvor war der diplomierte Betriebswirt mehr als zehn Jahre geschäftsführender Gesellschafter eines mittelständischen Kommunikations- und IT-Unternehmens. Auch im Ehrenamt bemüht sich Haugk insbesondere als Kreistagsvorsitzender des Burgenlandkreises und Direktor der Kulturstiftung Hohenmölsen um einen gelingenden Strukturwandel im Mitteldeutschen Revier.

Urte Hertrampf leitet seit Juli 2021 das Referat „Geschäftsstelle Strukturwandel Kohleregionen“ bzw. seit November 2022 das Referat „Strukturwandel Kohleregionen“. Sie ist zuständig für die Umsetzung des Strukturstärkungsgesetzes mit dem die Transformation nach dem Ausstieg aus der Kohleverstromung unterstützt wird. Dazu gehört auch das Bundesmodellvorhaben Unternehmen Revier.

Felix Kolb arbeitet seit April 2022 als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Strukturwandel und Nachhaltigkeit. Der studierte Humangeograph widmet sich schwerpunkthaft raumkonstituierenden Aspekten von Eigentumsstrukturen sowie zivilgesellschaftlichen Mitbestimmungselementen im anstehenden Strukturwandel. In seinem Promotionsprojekt forscht er zu sozioökologischen Konflikten im Zuge geplanter Lithiumminen in der spanischen Extremadura.

Franziska Krüger ist promovierte Wirtschaftswissenschaftlerin und leitete bis April 2023 die Stabsstelle Strukturwandel im Mitteldeutschen Revier der Staatskanzlei und des Ministeriums für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt. Zuvor war Sie als Pressesprecherin und später als Referatsleiterin für Digitalisierung, Kreativ- und IT-Wirtschaft, Handel, Standortmarketing und Existenzgründung im Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung Sachsen-Anhalt tätig.

Henning Mertens unterstützt seit Oktober 2018 die Entwicklung der Metropolregion Mitteldeutschland im Bereich Strukturwandel. Zunächst arbeitete er als Handlungsfeldmanager „Wertschöpfung und Innovation“ mit an der strategischen Ausrichtung des Mitteldeutschen Braunkohlereviere. Seit Sommer 2022 ist er Projektleiter im Bundesmodellvorhaben Unternehmen Revier, das die Metropolregion als Regionalpartner begleitet.

Mareike Pampus ist promovierte Ethnologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Strukturwandel und Nachhaltigkeit, sowie in der Humangeographie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. In ihrer post-doc Forschung beschäftigt sie sich mit verschiedenen Konzepten von „Natur“ in Renaturierungsprozessen der Bergbaufolgelandschaften. Mittels qualitativer Sozialforschung, vor allem bewegter Interviews (go-along interviews), untersucht sie, wie sich verschiedene Akteur:innen in ihrer physischen Umgebung bewegen, ihre Einstellung zur Landschaft und ihren praktischen Umgang mit ihr. Der analytische Schwerpunkt liegt dabei auf Kultur/Natur Debatten, Mensch-Umwelt Beziehungen und Landschaftsethnographie.

Dorte Pardo López arbeitet als Programmkoordinatorin in der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung der Europäischen Kommission. Sie begleitet die Konzeption und Umsetzung des europäischen Fonds für den gerechten Übergang (Just Transition Fund / JTF) in den Mitgliedsstaaten Österreich und Niederlande und ist für die Verhandlung und Umsetzung der deutschen Territorialen Pläne für einen gerechten Übergang (Just Transition Plans / TJTP) und des schleswig-holsteinischen Programms des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) federführend. Desweiteren ist sie u.a. für die genannten Mitgliedstaaten betreffenden Nachhaltigkeitsthemen als Querschnittsthema verantwortlich.

Felix Schiedlowski ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Seminar für Ethnologie sowie am Zentrum für Interdisziplinäre Regionalstudien der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Für seine Doktorarbeit hat er zwischen Frühjahr 2020 und Sommer 2021 eine Feldforschung im Mitteldeutschen Braunkohlerevier durchgeführt. In seiner Arbeit beschäftigt sich Felix Schiedlowski mit der Frage, wie das politische Projekt Braunkohle-Strukturwandel als der Wandel hin zu einer post-Kohle-Gesellschaft gestaltet wird.

Christian Tietje ist Universitätsprofessor für öffentliches Recht, Europarecht und internationales Wirtschaftsrecht, Direktor des Instituts für Wirtschaftsrecht und Leiter der Forschungsstelle für transnationales Wirtschaftsrecht (TELC) an der Juristischen und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg sowie einer der Direktoren des HALIS. Seine Forschungsinteressen liegen insbesondere im Bereich der gemeinsamen Handelspolitik der Europäischen Union und im internationalen Wirtschaftsrecht (Welthandelsrechts, Investitionsschutz und Investitionsschutzschiedsgerichtsbarkeit, internationaler Rohstoffhandel).

Asta Vonderau ist Professorin für Ethnologie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und eine der Direktorinnen des HALIS. Ihre Forschung konzentriert sich auf soziale und umweltliche Folgen und Effekte von politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozessen in Europa. Diese Forschung umfasst Projekte, die den Zusammenhang zwischen

(De-)Industrialisierung, Digitalisierung und regionalem Wandel untersuchen, aber auch postsozialistische Transformationsprozesse in (Ost-)Europa sowie die Implementierung von EU-Politiken in verschiedenen lokalen Kontexten.

Amy Walker ist promovierte Sozial- und Kulturgeographin und arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Ihre Forschung konzentriert sich auf das alltägliche Erbe des industriellen Lebens und Arbeitens in postindustriellen Gemeinschaften und Landschaften, wobei sie ethnographische Ansätze und Theorien zu Affekt und Erinnerung verwendet. Ihre aktuelle Arbeit konzentriert sich auf die Überschneidung zwischen diesen Geschichten und den Auswirkungen des Kohleausstiegs in Mitteldeutschland.

Ralf Wehrspohn ist Physiker und Professor für Mikrostrukturbasiertes Materialdesign an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Wehrspohn ist außerdem Gründungsgeschäftsführer des Deutschen Lithium Institut (ITEL) und Vorstandsvorsitzender im Forum Rathenau e.V. In dem neuen hybriden Diskussions- und Denkformat *Carbon Cycle Culture Club* (C4) möchte der Verein Aspekte rund um Kohlenstoff und Kreislaufwirtschaft beleuchten. Dazu gehören wissenschaftliche und technologische genauso wie künstlerische, kulturelle und soziale Perspektiven.

Editorial

Auf dem Weg in eine postfossile Zukunft?

*Jonathan Everts, Asta Vonderau,
Azar Aliyev*

Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik hat eine Regierung beschlossen, einen in reichlichen Mengen verfügbaren Rohstoff aus Klimaschutzgründen nicht mehr zu nutzen. Die Braunkohle hat die drei großen Reviere in Deutschland über mehr als 200 Jahre geprägt – die Industrie, die Landschaft, die Menschen. Nach dem Beschluss der Bundesregierung zum sogenannten Kohleausstieg bis spätestens 2038 geht dieses Kapitel der Energie- und Industriegeschichte zu Ende. Zeitgleich beginnt ein neues, auf längere Sicht eventuell fossilfreies Zeitalter (zumindest was die Brennstoffe angeht). Der damit notwendig einhergehende Strukturwandel, wurde anders als bei bisherigen energie- und klimaschutzpolitischen Entscheidungen von Anfang an mitgedacht und lässt sich u.a. im Bericht der sogenannten Kohlekommission (Kommission für „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“) nachlesen. Für die betroffenen Reviere im Rheinland, in Mitteldeutschland und in der Lausitz bedeutet dies, das mit substantiellen Mitteln des Bundes (bis zu 40 Milliarden Euro) sowie weiteren Hilfen von der EU der Strukturwandel nicht nur flankiert, sondern auch in weiten Teilen gestaltet werden kann.

Was aber zunächst einfach klingt, ist in der Umsetzung nicht immer so und im Detail oft überaus komplex. Das HALIS (Institut für Strukturwandel und Nachhaltigkeit) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg wurde 2021 gegründet um diesen

Prozess zu erforschen und zu begleiten und die Akteur:innen im Strukturwandel von wissenschaftlicher Seite aus zu beraten und zu unterstützen. Teil dieser Aufgabe ist die enge Vernetzung mit Partner:innen aus Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft. Der vorliegende Band dokumentiert die vom HALIS in Zusammenarbeit mit der Stabstelle Strukturwandel des Landes Sachsen-Anhalt ausgerichtete Tagung „Postfossile Zukünfte: Strukturwandel gemeinsam gestalten“. Auf dieser Tagung wurden Perspektiven verschiedener politischer Ebenen (von der EU bis zu den Revierkommunen) vorgestellt, sowie erste wissenschaftliche Erkenntnisse über die sozialen, politischen und ökonomischen Auswirkungen des Strukturwandels und wie sie als Übergänge in eine postfossile Gesellschaft fungieren (können).

Die Beiträge zeigen, dass sich hinter dem abstrakten Begriff des Strukturwandels sehr viel mehr verbirgt, als es auf den ersten Blick scheint. Verschiedene Förderebenen und -regularien sind hier verzahnt mit infrastrukturellen Bedürfnissen und Entscheidungen auf kommunaler Ebene. Die Abwicklung von Industrien und der Umgang mit industriellem Erbe trifft auf persönliche Lebenswelten und Erwerbsbiographien vor Ort. Die Möglichkeiten sozialer sowie regionalökonomischer Transformationen sind immer auch zum Teil von den kollektiven Imaginationsfähigkeiten der gegenwärtigen Gesellschaft abhängig.

Der Mythos der industriellen Moderne imaginierte den technologischen Fortschritt als einen gradlinigen Prozess und ignorierte lange Zeit seine Brüche und Irrwege. Heute, angesichts des globalen Klimawandels, wird

deutlich, dass Ressourcenausbeutung und (De-)Industrialisierungsprozesse sowohl Räume des Wohlstands und der Innovation als auch Zonen des technologischen Verfalls, sozialer Ungleichheit und der ökologischen Degradierung hinterlassen haben.

Doch was kommt nach dem Fortschritt? Können Wohlstand erhalten und die Wunden des fossilen Zeitalters geheilt werden? Wie kann eine inklusive Transformation in eine Gesellschaft ohne Öl und Kohle gelingen? Wie ist ein nachhaltiges Leben mit und in der natürlichen Umwelt möglich? Welche Ziele und Wertevorstellungen halten eine postfossile Gesellschaft zusammen? Ist das Recht einer „fossilen Demokratie“ den Herausforderungen des postfossilen Zeitalters gewachsen? Lässt sich das Eigentum durch Verantwortung und Nachhaltigkeit neudefinieren?

Strukturwandel bringt mit sich neue Ressourcen und damit eine globale Umverteilungswelle. Wie finden die Strukturwandelregionen ihren neuen Platz in der globalen Wirtschaft und Gesellschaft? Sind globale Ansätze für die Lösung lokaler Probleme möglich?

Unterschiedlichste gesellschaftliche Akteur:innen in Mitteldeutschland und vielen anderen Regionen der Welt sind gegenwärtig auf der Suche nach Antworten auf diese Fragen und nach Wegen in ein neues Zeitalter — eine Zukunft ohne fossile Energien und Industrien. Es geht dabei sowohl um die Suche nach sozialen und technologischen Innovationen für die Zukunft als auch um die Anerkennung von multiplen Geschichten und Beziehungen, welche in das soziale Gewebe der heutigen noch fossilen Gesellschaften eingeschrieben sind. Der zu gestaltende Strukturwandel umfasst

grundlegende politische, ökonomische, juristische, soziale und kulturelle Veränderungen, die eine kollektive Anstrengung notwendig machen.

Aus einer interdisziplinären Perspektive erörterte die HALIS-Konferenz Möglichkeiten, den gegenwärtigen Strukturwandel zu gestalten und stellte somit ein Forum für die Aushandlung postfossiler Zukünfte in der Region und darüber hinaus.

Referenzen

Abschlussbericht der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ (2019) <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/kommission-wachstum-strukturwandel-und-beschaefigung--1599348> (letzter Zugriff 02.03.23).

Grußwort der Rektorin der Martin-Luther- Universität Halle- Wittenberg

Claudia Becker

Sehr geehrter Herr Staatssekretär Ude,
sehr geehrte Frau Pardo-Lopez, die Sie,
soweit ich informiert bin, an der Veranstaltung
online teilnehmen,

sehr geehrte Mitglieder der estnischen De-
legation aus dem EU-Exchange-Programm,

sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter
aus Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik,
hier insbesondere Frau Hertrampf aus dem
Bundesministerium für Umwelt und Klima-
schutz, Herr Bürgermeister Haugk, Bürger-
meister der Stadt Hohenmölsen und Mitglie-
der des Sächsischen Staatsministeriums für
Regionalentwicklung,

meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Gäste,

ich freue mich, Sie als Vertreterin und im
Namen der MLU Halle Wittenberg heute hier
begrüßen zu dürfen. Ich gratuliere Ihnen zu
dieser Tagung, die sich mit sehr wichtigen
Themen befasst, die uns in der Region, aber
mit Wirkung über unsere Region hinaus in
der näheren und durchaus weiteren Zukunft
sehr beschäftigen werden.

Besonderer Dank ist auszusprechen – und
das tue ich sehr gerne – an Sie, lieber Herr
Staatssekretär Ude, und an Sie, liebe Frau Dr.
Krüger, stellvertretend für die Staatskanzlei
Sachsen-Anhalt und die Stabsstelle Struktur-
wandel, ohne deren finanzielle und organisato-
rische Leistung diese Veranstaltung nicht mög-

lich gewesen wäre. Ebenfalls nennen möchte
ich in diesem Zusammenhang das Institut für
Strukturwandel und Nachhaltigkeit der MLU
und den hier sehr unterstützenden Verein
ProHalle. Es ist schon ein beeindruckendes
Event, das Sie hier auf die Beine gestellt haben!

Heute und morgen geht es bei Ihnen um
Strukturwandel, den Sie aus vielen unter-
schiedlichen Perspektiven beleuchten.

Dazu kann ich ein bisschen aus eigener
Erfahrung berichten. Zum Studium und als
wissenschaftliche Mitarbeiterin war ich in
Dortmund. Dortmund, Ruhrpott, Stichwort:
Steinkohle und der mit dem Rückzug aus dem
Abbau verbundene Strukturwandel. Zwar war
der „Pott“ zu meiner Zeit schon nicht mehr pri-
mär durch die Kohle geprägt, aber der Wandel
und die Auswirkungen waren spürbar, erlebbar,
und man merkte, dass es die Menschen dort
immer noch umgetrieben hat.

Strukturwandel im Zusammenhang mit der
Veränderung von Kohlerevieren wurde also
an anderer Stelle schon erlebt und – bewältigt.
Gibt es möglicherweise transferierbare Erfah-
rungen? Oder ist festzustellen, dass lokal- oder
regionalspezifische Eigenheiten und aktuell
neue / andere Problemlagen einen solchen
Erfahrungstransfer hemmen? Was kann man
nutzbar machen, was geht einfach nicht, weil
das Problem heute ein komplett anderes ist
oder ganz andere Aspekte beinhaltet?

In den in Ihrem Programm vorgesehenen
Beiträgen sehe ich neue Herausforderungen,
die genau über die eigenen Erfahrungen, das
Erlebte und Gehörte, meinen eigenen Erfah-
rungshorizont hinausgehen.

So wird etwa eine ganz wesentliche und
wie ich denke komplett neue Herausforderung

sichtbar – es geht hier nicht „nur“ um einen Rückzug aus (Braun-)Kohleabbau, sondern um die Umstellung auf nicht mehr fossile Rohstoffe. Somit um ganz andere Auswirkungen auf Produktionsarten und -prozesse, auf den Handel mit und auf das Denken in (anderen) Rohstoffen, um eine Erweiterung sogar der Definition von Rohstoffen (Stichwort Daten – wenn ich es recht verstanden habe).

Ich sehe dann aber auch wieder vertraute Aspekte, die mir auch ganz persönlich schon begegnet sind – ich nehme aus einem der morgigen Panelbeiträge einmal das Stichwort „zwischen Chemie und Deponie“ auf – die Wohnungen, in denen ich in Dortmund gelebt habe, waren in Häusern auf einem ehemaligen Kokereigelände untergebracht. Und es war schon auch ein mulmiges Gefühl zu wissen, dass der Boden zumindest vor den erfolgten Sanierungsmaßnahmen hochgradig belastet war, darunter mit dem Giftstoff Benzol.

Und schlussendlich – vielleicht ein versöhnlicher Aspekt im Ausblick – zeigen sich aus den Herausforderungen schon sichtbare Möglichkeiten für positive Effekte, etwa im Bereich Renaturierung der Bergbaufolgelandschaften – mit der Perspektive, für Mensch und Natur neuen Nutzen zu stiften.

Klar ist jedenfalls: die Gesellschaft muss mitgenommen werden auf den Weg des Wandels, ihre Befürchtungen und Belange sind wichtig, damit der Strukturwandel erfolgreich gelingen kann.

Das erste Grußwort, das ich in meiner noch neuen Funktion als Rektorin unserer Universität sprechen durfte, war aus Anlass der Bewerbung der Stadt Halle für das Zukunftszentrum Deutsche Einheit und Europäische Transformation.

In diesem Rahmen habe ich gesagt, dass ich aus eigenem Erleben in Halle einen Transformationsprozess wahrgenommen habe, und dass ich mich heute gelegentlich frage, ob die aus der Deutschen Einheit resultierende Transformation inzwischen nicht abgeschlossen sein sollte (und habe nebenbei gelernt, dass in diesem Fall Transformation nicht ganz der richtige Begriff wäre, denn eine Transformation ist andauernd, im Gegensatz zu einer Transition – aber das hier nur am Rande). Zu konstatieren war jedenfalls von meiner Seite: nein, ein Abschluss hat nicht stattgefunden, diese Prozesse dauern lange. Und die Forschung zur Bewältigung solcher Transformations- oder auch Transitionsprozesse ist wichtig, um sie erfolgreich gestalten zu können.

Insgesamt ist jedenfalls Halle mit seinen Erfahrungen einerseits, aber eben auch und gerade mit seiner Wissenschaftslandschaft andererseits prädestinierter Standort für ein solches Zukunftszentrum, in dessen Rahmen sich wiederum das Institut für Strukturwandel und Nachhaltigkeit einbettet.

Und diese Wissenschaftslandschaft, aber auch die Anwendungs- und Umsetzungssicht zeigt sich auch bei Ihrer Veranstaltung – interaktive Ausstellung von Praktiker:innen aus der Region, also genau die notwendige Verschränkung von Forschung und Transfer, von Bedarfen aus der Praxis und daraus resultierenden Anforderungen an die Wissenschaft.

In diesem Sinne wünsche Ihnen allen eine ertragreiche Konferenz mit lebhaften Diskussionen und einem engagierten Austausch.

Politische Perspektiven

Der „JTF“ – Fonds für den gerechten Übergang – Ein Appell für mehr Partnerschaft und Teilhabe

Dorte Pardo López

Ich begleite unter anderem die Programmierung und Umsetzung des sogenannten Just Transition Fund (JTF), des Fonds für den gerechten Übergang, in unserem Referat. Unser Referat wiederum ist zuständig für drei Mitgliedsstaaten: Österreich, Deutschland und die Niederlande, und der JTF-Deutschland ist also ein Teilgebiet meiner JTF-bezogenen Aufgaben.

Einleitend gilt es zu verstehen, worum es eigentlich beim Fonds für den gerechten Übergang oder im EU-Jargon „JTF“ geht und einen Eindruck zu vermitteln wovon wir sprechen und wie sich der Fonds einordnet:

Die Idee hinter dem JTF existiert schon länger. Es gibt es seit einigen Jahren die Initiative Kohleregionen im Übergang auf europäischer Ebene, denn man hat sich gedacht, es brauche dort ganz besondere Anstrengungen, wenn man den Übergang zur klimaneutralen Wirtschaft erfolgreich umsetzen möchte. Der Fonds für den gerechten Übergang wurde dann aus dieser Überlegung heraus zur besseren Abfederung der Folgen der Transition in besonders stark von ihr betroffenen Regionen aufgelegt.

Der Sinn des JTF ist also das Geld, anders als beim europäischen Fonds für Regionalentwicklung, nicht einfach über ganz Europa in alle Regionen mit unterschiedlichen Schwerpunkten zu verteilen, sondern gezielt nur in den Regionen, die besonders stark von dem

Übergang zur klimaneutralen Wirtschaft betroffen sind. Hierbei steht nicht der Übergang an sich im Vordergrund der Förderung. Vielmehr sollen die daraus resultierenden Folgen abgedeckt werden. Es gilt also besonders die Menschen vor Ort - und wir reden hier wirklich von möglicherweise relativ kleinen Orten - zu unterstützen, die Folgen des Übergangs besser meistern zu können.

Die sogenannten „Territorialen Pläne für den gerechten Übergang“, die laut JTF-Verordnung die Grundlage für die Umsetzung des JTFs bilden, umfassen in Deutschland alle drei Braunkohlereviere.

In Nordrhein-Westfalen sind noch Teile des Nördlichen Ruhrgebiets dazugekommen. So sind die Orte Gladbeck, Dorsten und Marl sowie die Stadt Bottrop, in denen Menschen noch immer mit dem Rückbau in den jeweiligen Bergwerken beschäftigt sind, ergänzt worden.

In Ostdeutschland gehören das Mitteldeutsche und das Lausitzer Revier zum Fördergebiet. Bis zur derzeit dort noch für 2038 geplanten Schließung der letzten Kraftwerke vergeht zwar noch einige Zeit, doch der angekündigte Ausstieg hat bereits im Vorfeld sozioökonomische und demographische Auswirkungen, da die von der fossilen Energiewirtschaft abhängigen Menschen und Firmen abzuwandern drohen oder dies bereits tun. Deswegen gelten diese Gebiete auch als besonders betroffen vom Übergang. Es ist damit zu rechnen, dass schon vor 2030, also noch in der JTF-Förderperiode, in diesen Gebieten Transitionsfolgen eintreten werden und damit auch die Notwendigkeit besteht, diese abzufedern. Diese Dynamik droht auch der derzeit noch besonders von der Braunkohle aus dem Mitteldeutschen Revier

abhängigen Stadt Chemnitz, die daher ebenfalls von einem Plan für den gerechten Übergang erfasst ist.

Ein weiterer Sonderfall ist die Stadt Schwedt in der Uckermark. Der Fall ist sicher aus den Medien bekannt, wegen der besonderen Auswirkungen auf die dortige Raffinerie PCK des gegen Russland verhängten Ölembargos. Dieses Gebiet wurde bereits vor dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine als Übergangsbereich vorgeschlagen, da die Raffinerie PCK aufgrund ihrer Spezialisierung auf Rohölverarbeitung für den Transport besonders stark vom Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft betroffen sein wird. Und das auch schon vor 2030, weil sie durch die zügige Elektrifizierung des Verkehrs aufgrund ihrer Spezialisierung einen besonders großen Wettbewerbsnachteil gegenüber anderen Raffinerien haben wird, die ein zweites Standbein in der Petrochemie haben. Auf die PCK wirkt sich der Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft somit voraussichtlich bereits vor 2030 aus und dessen Folgen werden somit die von dieser Raffinerie abhängige Region in absehbarer Zeit hart treffen.

Diese unterschiedlichen Arten von Transitionen und Betroffenheit in den Regionen sind beispielhaft für die europäische Ebene und zeigen die Notwendigkeit dieses Fonds auf.

Was sind die Schwerpunkte in Deutschland?

„Im Vordergrund des Förderprogramms steht die Schaffung von nachhaltigen Alternativen und die Diversifizierung der regionalen Wirtschaft.“

Nachhaltigkeit impliziert im Einklang mit den rechtlichen Vorschriften zu handeln

und fossile Energieträger zu substituieren. Dabei schließt die JTF-Verordnung jegliche Förderung der Nutzung fossiler Energien aus.

Im weiteren Sinne geht es darum neue Arbeitsplätze zu schaffen, aber auch neue Perspektiven für einzelne Menschen und für die Region zu entwickeln. Parallel dazu muss auch die Fort-, Aus- und Weiterbildung gezielt gestärkt werden, denn diese neuen Ansätze, die in die Region gebracht werden sollen, erfordern natürlich auch neue berufliche Fähigkeiten.

„Die Weiterbildung der Menschen vor Ort ist dabei ein wichtiger Baustein, um die Menschen langfristig in der Region zu halten und die Region dadurch zu stärken.“

Ein weiterer Fokus liegt auf der anwendungsnahen Forschung. Wir fördern keine Grundlagenforschung, dafür gibt es andere Programme und Möglichkeiten. Stattdessen fördern wir anwendungsnahe Forschung in Zusammenarbeit mit Unternehmen in zukunftsweisenden Projekten vor Ort. Es geht darum, das sogenannte „Tal des Todes“ zwischen der Forschung und Entwicklung, einerseits, und der Anwendung und wirtschaftlichen Nutzung, andererseits, zu schließen und damit auch kleinere und mittlere Unternehmen (KMUs) in der Region vorrangig zu unterstützen und dadurch zu halten.

Besonderes Augenmerk liegt auch auf den sogenannten Kerngebieten der Reviere. Das sind die Gebiete, die direkt abhängig sind von der jeweilig verschwindenden wirtschaftlichen Tätigkeit. In den ostdeutschen Braunkohlegebieten sind das die Landkreise im eher ländlichen Raum, also z.B. nicht wie in der Lausitz der Speckgürtel um

Berlin herum, sondern eben wirklich die Gebiete, die besonders stark betroffen und bedroht sind von der Abwanderung von Menschen, weil sie sehr stark durch den Braunkohlebergbau, den Braunkohlekraftwerken und von ihnen abhängigen Betrieben geprägt sind. Die mit der Verringerung der Beschäftigungsmöglichkeiten und Perspektiven führt dazu, dass gerade junge Menschen das Weite suchen, dass ein brain drain entsteht, eine Art Sog. Das kennen sie alle gerade auch insbesondere in Ostdeutschland schon aus der ersten großen umfassenden Transition, die nach der Wende stattgefunden hat. Es sollte aus diesen Fehlern gelernt werden und deshalb lohnt es sich auch Dinge zu unterstützen, die vielleicht eher mittelbar mit dem Ausstieg aus der Braunkohle zusammenhängen, die aber durchaus für die Entwicklung der Region sehr wichtig sind. Das können Aspekte sein wie eine bessere Verbindung zwischen dezentralen Orten und nicht nur zu urbanen Zentren hin. Dazu gehört die Abdeckung der letzten Meile zwischen Haltestelle und Wohnort im Sinne der Nachhaltigkeit aber auch einer erhöhten Attraktivität dezentraler Wohnorte. Es könnte aber ebenso, wie es in Sachsen-Anhalt zum Beispiel vorgesehen ist, das Anbieten von Co-Working Spaces sein, um es so den Menschen in der Region zu ermöglichen, in der Nähe ihres Wohnortes auch zu arbeiten.

Zuletzt möchte ich einen Schlüsselaspekt im Bereich der europäischen Regionalförderungen hervorheben. Die aktive und integrative Partnerschaft mit den Menschen vor Ort gilt bei der Erstellung und Umsetzung der Förderprogramme als Grundvoraussetzung. Diese Partnerschaft ist auch beim Auflegen der Territorialen Pläne für den gerechten Übergang

erfolgt. Bei der Programmierung sind somit die Partner im Rahmen der regulären Partnerschaft einbezogen worden, wie es die Regionalfondsverwaltung vorsieht. In den Revieren ist auch bereits aufgrund vorheriger Initiativen eine gute Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Partnern vor Ort zu erkennen. Allerdings war das Einbringen von konkreten Vorschlägen einzelner Gruppen, die eventuell weniger gut organisiert oder erfahren sind, wie z.B. Jugendliche, aufgrund der hohen Geschwindigkeit, in der die Verhandlungen stattfanden, möglicherweise gehemmt. Dabei ist gerade bei diesem auf besonders betroffene Teilgebiete fokussierten Fonds, die Partnerschaft mit den Menschen vor Ort besonders wichtig. Wir denken, dass die Partnerschaft durchaus noch aktiver gestaltet werden könnte und auch sollte in der Umsetzungsphase.

Jetzt läuft die Förderperiode des Fonds, die von 2021 bis 2027 reicht. Die Uhr tickt also seit Anfang 2021 und für etwa 75 Prozent der JTF-Mittel gilt, dass sie sehr schnell ausgegeben werden müssen.¹ In dieser Hast sollte die aktive Partnerschaft nicht zu kurz kommen. Ein großer Teil der Lösung liegt sicherlich in der Kommunikation, die speziell auf diese Gebiete ausgerichtet sein wird. Als Teil der Kommunikation soll auch die Befähigung zur aktiven Teilhabe besonders gefördert werden.

1 Für diese Mittel gilt gemäß Artikel 4 Absatz 1 1. Unterabsatz der JTF-Verordnung die Verordnung (EU) 2020/2094 zur Schaffung eines Aufbauinstruments der Europäischen Union zur Unterstützung der Erholung nach der COVID-19-Krise, die deren Auszahlung bis spätestens 31.12.2026 vorschreibt.

„Es geht darum, Menschen zu befähigen, an diesen Prozessen im Rahmen der Umsetzung des JTFs aktiv teilzunehmen.“

In Sachsen-Anhalt wird zur aktiven Partnerschaft ein interessanter Ansatz vorgesehen, nämlich teilweise den JTF im Sinne des New European Bauhaus umzusetzen. Beim Neuen Europäischen Bauhaus geht es darum, dass Menschen inklusiv einbezogen werden, um Bauvorhaben, aber auch andere Initiativen in einer nachhaltigen, ästhetischen und kostengünstigen Form umzusetzen. Dieser Ansatz soll in einigen vom JTF geförderten Maßnahmen in Sachsen-Anhalt zur Anwendung kommen.

Beispielsweise sollen neue Baumaterialien getestet und Menschen zu ihrer Nutzung fortgebildet werden, um den bei der Braunkohleverbrennung entstehenden Gips zu ersetzen und Menschen vor Ort zur partizipativen Teilhabe an Quartiersentwicklung zu befähigen.

Schließlich erfordern gelungene Transitionen auch ein gewisses Mindset. Die vergangene negative Transitionserfahrung in den ostdeutschen Revieren nach der Wende die die Menschen vor Ort unmittelbar erlebten, ist jedoch oft prägend und lähmend. Das ist in den anderen JTF-Regionen nicht anders. Deswegen ist es sehr wichtig, dass diese inklusiven, lokalen Strukturen aufgebaut und aktive Partnerschaften forciert werden, die Mut machen durch Teilhabe und Co-Kreation.

Insgesamt lässt sich sagen, dass die deutschen Territorialen Übergangspläne geeignet erscheinen, das spezifische Ziel des JTFs effektiv zu verfolgen, also die Folgen der Transition zu einer klimaneutralen Wirtschaft

in den von dieser am härtesten getroffenen Regionen abzumildern. Die aktive Partnerschaft mit den Menschen vor Ort ist für den Erfolg dieser Bemühungen ausschlaggebend. Hierauf legen wir in der Kommission daher besonderen Wert.

„Strukturpolitik auf Bundesebene oder ein Einblick in ein Bundesministerium“

Urte Hertrampf²

In Gesprächen entsteht häufig der Eindruck, ein Bundesministerium sei für viele Menschen wie eine Art Black Box. Deshalb möchte ich in diesem Beitrag einen kleinen Einblick die Arbeitsweisen der Fachebenen eines solchen Ressorts skizzieren.

Eine der großen Fragestellungen zu Beginn dieser Legislaturperiode im letzten Herbst war: Was geht es eigentlich mit der Energiewende weiter? Und wie steht es um den Ausbau erneuerbarer Energien in den letzten 15 Jahren? Durch den Angriffskrieg in der Ukraine bekommt das Thema nochmals einen sowohl politischen als auch starken faktischen Druck, den sich vorher keiner vorstellen konnte. Die Diskussion um den Ausbau erneuerbarer Energien zielte oftmals vor allem in Richtung des Themas Strom.

„Aber Energiewende oder auch insbesondere postfossile Zukunft ist viel mehr als Strom.“

Bei den Verfahren und Prozessen, die ich im Folgenden skizzieren werde, zeigen immer wieder Querbeziehungen und -bewegungen; sie folgen natürlich einer Ordnung, sind aber nicht schematisch. Die Arbeitsweise ist im Grunde durch zwei Herangehensweisen gekennzeichnet: entweder von unten nach oben,

also bottom-up oder von oben nach unten, top-down.

Bottom-up ist nach meiner Auffassung das Entwickeln von Lösungsoptionen auf der Arbeitsebene eines Ressorts für einen Prozess, ein Problem oder eine Herausforderung. Dies geschieht zum Beispiel durch die Prüfung von Urteilen oder die Auswertung wissenschaftlicher Studien. Dabei entwickelt die Arbeitsebene Vorschläge für die Hausleitung, weil sie aufgrund ihrer Prüfung oder Auswertung Handlungsbedarf sieht. Es ist jedoch auch möglich, dass durch z.B. durch höchstrichterliche Rechtsprechung, Arbeitsaufträge an die Politik formuliert werden. Ein Beispiel dafür ist die derzeit laufende Grundsteuerreform. Die Umsetzungsvorschläge werden auf der Arbeitsebene entwickelt, aber der Handlungsdruck kommt von oben – durch das Urteil. Es können aber auch Änderungen in der – gesellschaftlichen – Denk- oder Sichtweise Auslöser sein.

Wie geht es also weiter? Ideen und Lösungsvorschläge werden zunächst auf den Arbeitsebenen in dem zuständigen Referat oder in der Unterabteilung vorstrukturiert. Im Normalfall, kennt man seine Stakeholder und deren Auffassungen. Es werden Gespräche geführt, Informationen zusammengestellt und das Für und Wider unterschiedlicher Lösungsansätze diskutiert. Daraus werden im Anschluss Optionen entwickelt. Denn sehr oft gibt es fachlich mehr als eine. Da die Arbeitsebene aber nicht freischwebend arbeiten darf, wird dann eine sogenannte „Leitungsvorlage“ entwickelt. Darin werden die Lösungsoptionen dargestellt, die dann auf den „Dienstweg“ gehen. Sie enthält auch ein Votum für die aus fachlicher Sicht beste Option. Anschließend

² Dieser Beitrag stellt die Meinung der Autorin dar.

kommt sie entweder mit einem grünen – vom Minister – oder mit einem roten Haken – vom Staatssekretär – zurück, je nachdem, wen man um die Entscheidung gebeten hat. Das ist der Arbeitsauftrag, welcher mit den betroffenen bzw. involvierten Ressorts auf Arbeitsebene besprochen wird. Dabei kommt im besten Fall eine grundsätzliche Einigung zu Stande, die das weitere Vorgehen rahmt.

Wenn dies gelungen ist, entwickelt man einen Gesetzentwurf, einen sogenannten Referentenentwurf. Der wird dann formal abgestimmt, vom Bundeskabinett beschlossen und schlussendlich in das parlamentarischen Verfahren eingespeist.

Diese Vorgehensweise funktioniert ziemlich gut, gerade auch in den zahlreichen Verfahren mit jährlichen technischen Änderungen. Diese Verfahren verfolgen zumeist nur Fachkreise; die Medien berichten dazu nur selten. Es gibt aber auch Beispiele von Verfahren mit einer intensive Vorbefassung aller Beteiligten, so dass das eigentliche Gesetzgebungsverfahren dann problemlos verläuft.

„Das Ziel ist es, möglichst viele Streitpunkte schon bei der Entwicklung der Lösungsoption auszuräumen.“

Das funktioniert nicht immer, insbesondere wenn mehrere Optionen vorhanden sind, die – je nach politischer „Farbe“ – unterschiedlich beurteilt werden. Dann ist es schlussendlich keine fachliche Entscheidung mehr, sondern eine politische Abwägung.

Der Grundsatz bei der Arbeit lautet: man sollte möglichst viele Aspekte und Bedürfnisse der unterschiedlichen Betroffenen, der Länder,

der Wissenschaft, der Verbände und auch der Bürger beachten, sie inhaltlich mitnehmen und nach ihrer Meinung fragen. Damit gelingt auch der für gute Lösungen so wichtige Perspektivwechsel. Denn – wir machen uns nichts vor – auf Bundesebene bewegen wir uns in einer relativ hohen Adlerperspektive. Es kommt immer wieder zu Situationen, wo wir erst herausfinden müssen wie unsere Vorschläge von den Betroffenen gesehen werden.

Aber wir wollen und müssen diese Perspektive berücksichtigen. Insbesondere natürlich auch, um die Wirkung unseres eigenen Handelns zu kontrollieren. Transparenz ist dabei ein großes Gebot. Digitalisierung und diverse andere Möglichkeiten geben uns praktische Optionen an die Hand, den Adressatenkreis in diesen Beteiligungsformaten so zu wählen, dass möglichst alle potenziell Betroffenen identifiziert werden, damit sie ihren Diskussionsbeitrag einbringen können. Ein weiterer interessanter Aspekt ist hierbei zu nennen:

„Je spezifischer, je schwieriger und je komplexer ein Thema ist, desto geringer ist die Zahl der Menschen, die sich beteiligen wollen.“

Der Grund ist einfach: Wer aus – welchen Gründen auch immer – die Materie nicht oder nur in Teilen durchdringt, versteht oftmals nicht, worum es eigentlich geht. Ein Beispiel dafür wären komplexe Finanzmarktfragen mit einer vergleichsweise geringen Anzahl an Stakeholdern, die sich aber sehr genau mit dem Thema auskennen.

Top-down: Hier geht es um Aufträge z.B. aus dem Koalitionsvertrag, aus der Hauslei-

tung oder dem Bundeskabinett. Immer wieder basieren sie auch auf einem Beschluss des Koalitionsausschusses. In diesen Fällen ist die politische Entscheidung gefallen; es geht nur noch um die Umsetzung. Aufgrund der aktuellen Krisensituation befinden wir uns bei sehr vielen Themen in einer top-down-Situation, Der Koalitionsausschuss tagt und der Bundeskanzler verkündet: „Wir machen ein Entlastungspaket III.“ Dann sind die jeweiligen Arbeitsebenen gefordert.

In dem Zusammenhang möchte ich auf die sogenannte Kohlekommission und den nachfolgenden Prozess zu sprechen kommen.

Der Auftrag, diese Kommission einzusetzen, war bereits im Koalitionsvertrag der letzten Legislatur enthalten. Verkürzt bedeutet dies: Die Kohlekommission war eingesetzt worden, um einen gesamtgesellschaftlichen Kompromiss für die Bedingungen eines Ausstiegs aus der Kohleverstromung zu finden. Dies beinhaltet auch die strukturpolitische Flankierung des erforderlichen Transformationsprozess: der Strukturwandel in den Kohleregionen. Ergebnis war der bekannte Abschlussbericht mit diversen Empfehlungen an die Bundesregierung.

Damit ergeben sich – in der Theorie - folgende Handlungsoptionen:

(1) Der Bericht verschwindet in der Schublade, und es wird nichts unternommen.

(2) Die Bundesregierung nimmt den Bericht zur Kenntnis und setzt die aus ihrer Sicht erforderlichen Verfahren um, ohne diese Empfehlungen zu berücksichtigen.

(3) Die Empfehlungen werden auf Machbarkeit geprüft und dann je nach Möglichkeit umgesetzt.

(4) Der Vollständigkeit halber: Alles wird

buchstäblich genauso umgesetzt, wie es im Bericht steht.

Praktisch steht nur Option drei zur Verfügung. Im Hinblick auf die Umsetzung zeigte sich dann ein gewisses Dilemma. Einige verwiesen auf die Empfehlungen und bestanden auf einer „wortgenauen“ Umsetzung. Der Bund verweist dann gerne auf den Empfehlungscharakter. Dennoch werden die Empfehlungen dem Grunde nach umgesetzt. Denn dafür werden schlussendlich Kommissionen eingesetzt. Ein Beispiel für eine Empfehlungsumsetzung ist das Datum für den Ausstieg aus der Kohleverstromung, das berühmte Datum 2038. Der Zeitpunkt war damit gesetzt. Im Grunde war auch die Gesamtsumme zur Unterstützung des Strukturwandels in den Braunkohleregionen – 40 Milliarden Euro – gesetzt. Diese Summe findet sich ebenfalls im Kommissionsbericht.

Zu weiteren Illustrierung möchte ich zwei Beispiele nennen:

Im Hinblick auf die Höhe seines Finanzierungsanteils hat der Bund im Bereich Strukturpolitik im Wesentlichen nur zwei Optionen:

(1) Art. 91a Grundgesetz, die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW) sowie

(2) Finanzhilfen nach Art. 104b Grundgesetz.

Die GRW verlangt, grundgesetzlich festgelegt, einen Kofinanzierungsanteil der Länder von 50 Prozent. Die Empfehlung des Kommission hinsichtlich der Höhe der Unterstützung des Bundes lautet jedoch 90 Prozent Finanzierungsanteil des Bundes und 10 Prozent Kofinanzierungsanteil der Länder. Für die Option GRW war damit schon kein Raum mehr.

Daraus resultiert der Vorschlag des Bundes für den Zwei-Säulen-Aufbau im Strukturstärkungsgesetz. Finanzhilfen gemäß Art. 104b Grundgesetz (sog. 1. Säule) ermöglichen einen 90 Prozent Finanzierungsanteil des Bundes, sind aber zugegebenermaßen relativ eng im Anwendungsbereich. Damit können viele Projektideen nicht finanziert werden, die die Ländern gerne umgesetzt hätten. Daher stellt der Bund den größeren Anteil dieser Mittel für Projekte in eigener Zuständigkeit zur Verfügung (sog. 2. Säule). Für die Projektauswahl der 2. Säule ist das Bund-Länder-Koordinierungsgremium zuständig. Darin sind die vier Braunkohleländer und acht Bundesressort vertreten (§ 25 Investitionsgesetz Kohleregionen). Dort wird kein Projekt gegen den Wunsch des betroffenen Landes beschlossen. Die Länder entscheiden über die einzelnen Projekte mit.

Zweitens geht es beim Strukturwandel um Themen, bei denen viele Menschen mitreden können und wollen. Deshalb gibt es immer sehr viele Meinungen, sehr viele Forderungen und sehr viele unterschiedliche Vorstellungen über Herangehensweisen.

Ein Beispiel dafür ist der Zuschnitt des Fördergebiets in Sachsen-Anhalt. In den Beratungen der Kommission spielte der Umfang des Fördergebiets insgesamt eine große Rolle. Die Empfehlung aus dem Kommissionsbericht basiert daher auch auf belastbaren Daten aus Studien. In Sachsen-Anhalt hätte einige das dortige Fördergebiet gern an der ein oder anderen Stelle noch ein wenig größer gehabt, jedenfalls als Option. Dem gegenüber gab es im parlamentarischen Verfahren deutlich hörbare Bestrebungen einer Beschränkung

auf die sogenannten Kernreviere, also das Gebiet in dem sich die Tagebaue und Kraftwerke befinden.

„Und es ist ein schönes Beispiel dafür, dass man gerade auch von Bundesseite immer wieder mal zwischen den verschiedenen Stühlen und den widerstrebenden und teilweise auch nicht zu vereinigenden Forderungen einzelner Stakeholder sitzt.“

Am Ende geht es hier einfach viel um die Menschen, für die wir die Rahmenbedingungen für den Strukturwandel in den Kohleregionen setzen. Damit geht es auch um deren persönliche Befindlichkeiten und deren eigene Betroffenheit.

Deshalb müssen die Transformationsprozesse weiterentwickelt werden, um vor allem auch Ländern und Kommunen die Optionen an die Hand zu geben, um vor Ort handeln zu können. Diese kennen die Bedarfe vor Ort – sie sind naturgemäß viel dichter an den Menschen.

Uns ist bewusst, dass unsere Vorschläge und Entscheidungen gerade in Kommunen und Landkreisen immer wieder auf wenig Gegenliebe stoßen. Wir treffen unsere Entscheidungen nach bestem Wissen und Gewissen und unter Zugrundelegung aller Daten und Informationen, die uns zur Verfügung stehen.

Insofern findet sich der Bund immer wieder in der Mitte zwischen Maximalpositionen von Ländern auf der einen Seite und Kommunen auf der anderen Seite wieder.

Das lässt die Entscheidungen, die wir im Hinblick auf die Entwicklung des Struktur-

stärkungsgesetzes seinerzeit getroffen haben recht gut aussehen. Natürlich ist nichts ist so gut, dass man es nicht noch verbessern könnte. Wenn wir weiter miteinander sprechen, eröffnet sich vielleicht auch eine Option, an gewissen Stellen nachzusteuern.

Innovation und Partizipation – Schlüsselbegriffe im anstehenden Strukturwandel

Franziska Krüger

Es geht um das Thema Strukturwandel gestalten – ein komplexer Prozess. Es geht um Zukunft. Eine Zukunft haben wir bereits definiert und haben die Zahl 2038, die im Moment noch gültig ist, fest im Blick. Doch es wird noch komplexer, denken wir über „Post-fossile Zukünfte“ nach, also mehrere Zukünfte.

Vor diesem Hintergrund möchte ich die Komplexität in verschiedenen Perspektiven herunterbrechen und habe dafür zwei Schlüsselbegriffe ausgewählt, die den Beitrag umrahmen sollen: Innovation und Partizipation.

Bevor ich zur Rolle oder Aufgabe dieser Schlüsselbegriffe komme, gilt es vorerst doch etwas weiter auszuholen und vom Weltall zum Adler und weiter in eine Metaebene überzuleiten, bevor es dann zu etwas Konkreterem kommt.

In einigen Regionen in Europa, spielt die Kohle noch immer eine große Rolle. Blickt man auf Deutschland, Sachsen-Anhalt und im Speziellen auf das Mitteldeutsche Revier in seiner Gänze, dann interpretiere ich diese geographische Lage als deutliche Chance. Mitten im Herzen von Europa liegend kann sicher einiges geschaltet werden. Blickt man auf die europäischen Kohleregionen, dann sind die alle in sich sehr komplex und sehr verschieden. Einige Regionen gleichen sich mehr, andere Regionen gleichen sich weniger. Ich durfte im letzten Jahr in Estland zu Besuch

sein, auch da haben wir uns ausgetauscht über eine Art von Ausstieg. Dort geht es um den Ölschiefer. Auch hier haben wir festgestellt, die Regionen sind gar nicht so unterschiedlich. Es gibt viele gemeinsame Narrative, die vor allem in der Historie begründet sind. Daher denke ich, wenn wir über die Gestaltung von Zukunft oder Zukünften reden wollen, darf ein Blick in die Vergangenheit nicht fehlen. Weil die zeigt, warum wir so speziell, so eigen und komplex sind.

Schauen wir uns das Mitteldeutsche Revier in Sachsen-Anhalt an, dann lässt sich festhalten: wir blicken auf eine unfassbar reiche Industriekultur zurück. Industriedenkmäler beispielsweise in Zeitz erinnern an Schokolade, Kinderwägen und Zucker. Es zeigt sich, welcher Wohlstand und welcher Reichtum auch an diesen Orten vorhanden war. Bereits nach dem zweiten Weltkrieg ging einiges von diesem Industrienerbe verloren. Danach war insbesondere die Braunkohlewirtschaft ein ganz wichtiger Anker für diese Region. Unternehmen aus den energieintensiven Bereichen sind gewachsen und bilden bis heute die Basis unserer Chemieparks in Zeitz, Leuna und Bitterfeld. Das sind wichtige Ankerpunkte, industrielle Ankerpunkte. Dann kam der Strukturbruch nach der politischen Wende. In dreieinhalb Jahren Stabsstelle Strukturwandel konnte man immer sehen, dass wir hier in einem unheimlich emotionalen Prozess stecken. Denn was droht im Moment?

Mit dem Ausstieg aus der Braunkohle erleiden wir erneut einen großen Strukturbruch und davor haben die Menschen nach wie vor Angst. Sie haben in ihren Familienhistorien nach wie vor die Vergangenheit eingeschrie-

ben, dass Jobs verloren gegangen sind, gerade auch nach der politischen Wende. Dass viele Familien die Region verlassen haben.

„Wir haben eine hohe Unsicherheit, eine hohe Angst, eine hohe Emotionalität, die auf jeden Fall hier in der Region zu beachten ist.“

Von daher sind wesentliche Herausforderung, auch die möchte ich gerne nochmals aufzeigen, eben die Angst in der Bevölkerung vor einem erneuten Jobverlust und einer unsicheren Zukunft. Das ist nach wie vor prägend.

Wir sehen auch Unzufriedenheit und Verlust von Vertrauen in politische Kompetenz. 2021 hatten wir die Wahlen hier in Sachsen-Anhalt und insbesondere mit Blick auf die Ergebnisse im Burgenlandkreis, da war doch eine Farbe besonders stark. Wir sehen, dass das nicht unbedingt die Farbe ist, die demokratischen Prozessen wohlgesonnen ist.

Welche Herausforderungen haben wir noch?

„Wir haben Wirtschaftskraft in der Region - eine absolute Stärke.“

Die Zeiten heute zeigen, wie wichtig es ist, diese Wirtschaftskraft in der Region zu halten und sie auch für die Zukunft fit zu machen und zu stärken. Die Energiewende ist hier aktiv zu gestalten, eben in einer sehr energieintensiven Wirtschaftsregion. Wir spüren immer noch einen schwerwiegenden brain drain und gleichzeitig sehen wir mit dem massiven demographischen Wandel hier in der Region, dass die Menschen immer älter werden.

Wir brauchen eine Stärkung der Attraktivität

der Region. Wir sind noch nicht ganz so gut dabei, uns nach außen auch gut und selbstbewusst zu verkaufen. Ich glaube, hier können wir auch im Marketing-Sinne viel besser werden. Auch wenn ich jetzt über sehr viel Negatives spreche, wir haben auch sehr viel Positives zu bieten und daraus könnten wir doch viel mehr Potenzial schöpfen. Wir haben ebenfalls den typischen Fall des Stadt-Land-Gefälles: wir haben einzelne Städte wie Halle, Leipzig, Dessau in der Region, die wirtschaftlich sehr stark sind und darum herum dann die eher kleineren Kommunen.

All das sind die Ausgangslagen und nichtsdestotrotz – auch wenn wir jetzt sehr viel Unsicherheit verspüren bei dem Thema Ausstieg aus der Braunkohleverstromung – dann bietet dieser Prozess aber auch enorme Chancen aus meiner Sicht.

„Denn wir haben hier nochmals die Möglichkeit, Dinge zu gestalten, bevor sie eigentlich passieren.“

Also wir können im Prinzip die Region neu erfinden, bevor eigentlich der zu erwartende Strukturbruch tatsächlich greift. Das heißt, wir haben gemeinsam mit der Region eine Strategie entwickelt, was wir eigentlich erreichen wollen, ohne dabei einen Katalog an Maßnahmen vorzugeben. Vielmehr haben wir geschaut, wo wir im Moment stehen, was unser Ziel ist, wo wir hingehen und welche Handlungsempfehlungen wir aussprechen wollen, um dann tatsächlich in die Umsetzung zu gehen.

Dann braucht man noch so etwas wie eine Fördersystematik, also Richtlinien, an deren Ausarbeitung sich Vertreter:innen aus Wis-

senschaft, Wirtschaft, Gewerkschaften und Bevölkerung beteiligt haben. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle nochmals bei allen für die konstruktive Zusammenarbeit bedanken.

Für Sachsen-Anhalt bedeutet der Just Transition Fund (JTF) der EU 364 Millionen Euro an europäischen Mitteln. Der Vorteil dieser Gelder liegt in der Möglichkeit, Unternehmen zu fördern und mit einzubeziehen. In Sachsen-Anhalt wurden Förderschwerpunkte zu den Themen Industrieinfrastruktur, grüner Wasserstoff und Haltefaktoren für Fachkräfte identifiziert und festgelegt sowie Co-working-Spaces mitbedacht. Neben Bildung, Forschung und Entwicklung widmen wir uns mit dem JTF auch dem Thema des Neuen Europäischen Bauhauses (NEB). Und darauf möchte ich nun eingehen und den Bogen zu Innovation und Partizipation spannen. Denn warum widmen wir uns eigentlich dem Neuen Europäischen Bauhaus und was heißt das im Konkreten?

Dank dieser Mittel, die wir hier zur Verfügung gestellt bekommen, kann ich sagen: das Mitteldeutsche Revier wird Dinge entstehen lassen. Hier in der Region wird kräftig investiert und Sachsen-Anhalt wird bauen. Doch mit welchem Anspruch?

Es ist vermeintlich eine fehlende Attraktivität der Region. Wir müssen attraktiver werden, wir müssen dem Stadt-Land-Gefälle begegnen und wir müssen die Abwanderung stoppen. Aus unserem umfassenden Katalog an Projektmeldungen aus dem kommunalen Bereich haben wir es mit vielen Vorhaben im Kontext des Städtebaus, des Stadtumbaus, der Quartiersentwicklung und Entstehung von Innovationsorten zu tun. Wir haben sehr viele finanzielle Möglichkeiten eben diese Investitio-

nen auch zu tätigen, aber was uns gelegentlich fehlt, ist die Phase davor. Nochmals zu überlegen, wie wollen wir denn eigentlich bauen und was macht denn ein Projekt wirklich innovativ und was macht es dann wirklich modellhaft? Und wie können wir auch die Gesellschaft vor Ort daran beteiligen?

„Das heißt, wollen wir bauen wie immer oder wollen wir Vordenker sein hier in der Region? Wie können wir Aspekte wie Nachhaltigkeit, Ästhetik, Design, Kunst, Kultur, Technologie vereinbaren und verknüpfen um tatsächlich innovativ zu werden?“

Und um diese Fragen zu beantworten, brauchen wir auch ein ganz wichtiges Mindset und gewisses Wertgefüge. Doch das leben wir in Sachsen-Anhalt schon. Wir haben hier bereits viele Stärken im Bereich der nicht-technischen Innovation sowie beispielsweise der Kultur- und Kreativwirtschaft. Wir haben aber auch sehr viele Stärken im Bereich der angewandten Forschung.

Für unser weiteres Vorgehen gelten folgende Thesen:

(1) Sowohl technische, als auch nicht technische Innovationen sind notwendig für eine erfolgreiche Transformation. (2) Kreativität ist ein Schlüssel für Innovation. (3) Wir brauchen einen Ansatz der Cross Innovation, das heißt, verschiedenste Sichtweisen zu bündeln und zusammen zu bringen, um dann die Antworten gemeinsam zu entwickeln, wie wir in Zukunft leben wollen. (4) Dafür braucht es Netzwerke und Erprobungsräume, um quasi diese Kompetenzen cross-sektoral zu vernetzen.

Diese Denkweise nun in den Prozess des Strukturwandels zu integrieren, gilt es umzusetzen.

In der Umsetzung war es nun gar nicht schwer, wichtige Projektpartner:innen an einen Tisch zu bekommen, sodass wir seit Sommer 2021 in einem sehr intensiven Austausch mit Akteuren wie dem Forum Rathenau, der SA-LEG, der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und dem Institut für Strukturwandel und Nachhaltigkeit stehen. Als traditionelles Bauhausland sind natürlich auch die Stiftung Bauhaus Dessau und viele weitere Partner:innen mit an Bord, um damit verschiedene Sichtweisen zu bündeln.

Es lassen sich noch keine Ergebnisse präsentieren, aber wir diskutieren intensiv in diesem Netzwerk und vor allem eben auch am Fallbeispiel der Stadt Zeitz. Warum eben in Zeitz? Hier treffen sehr viele Dinge der Transformation aufeinander und es gibt nach wie vor sehr viele Freiräume in der Stadt. Da ist zum Einen der Aspekt der Industriebrachen, aber auch sehr viele Areale, die quasi mitten im Herz der Stadt liegen. Fokus erfährt dabei das Areal der Zekiwa, der alten Kinderwagenfabrik.

Hieran haben wir aus dem Netzwerk heraus gemeinsam verschiedene methodische Perspektiven erprobt, um gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern, Expert:innen und anderen Stakeholdern zu überlegen, wie sich so ein Freiraum gestalten lässt.

Dabei haben wir gelernt, dass sich alle beteiligen wollen. Es besteht ein unheimlich großer Bedarf zum Exkurs und zur Erläuterung, was eigentlich solche Schlagworte in der Praxis vor Ort in einer Stadt wie Zeitz bedeuten? Ist Nachhaltigkeit quasi nur auf ein Plakat zu

schreiben oder bedeutet es eben auch einen Haltungswandel?

„Wie weit müssen wir auch an unserem Wertesystem und an bestehenden Rahmenbedingungen arbeiten? Passen eigentlich unsere Herangehensweisen in Verwaltung und Wirtschaft noch zu den Gegebenheiten von heute?“

Uns war dabei auch die Perspektive von Kindern und Jugendlichen wichtig. Darum haben wir hier den Bauhausagent:innenansatz genutzt, um quasi mit den Kindern und Jugendlichen zu besprechen, was für ihre Zukunft wichtig ist.

Einen weiteren wichtiger Wunsch der Bevölkerung ist: „No Ufo!“. Das heißt: Wenn so viele Perspektiven und so viele Expert:innenmeinungen zusammenkommen, treffen auch sehr viele Sprachen aufeinander. Eine Stadt wie Zeitz nimmt im Rahmen des Strukturwandels wahr, dass viele sich zwar für die Stadt interessieren und hineingehen, jedoch vorwiegend über die Stadt reden.

„No Ufo! Alle wünschen sich vor Ort, dass nicht über sie, sondern mit ihnen gesprochen wird.“

Es gilt also in all diesen Sichtweisen eine gemeinsame Sprachebene zu finden, eine Cross Innovation. Also zu fragen: Wie fühlt sich hier auch jeder wirklich mitgenommen?

Aus meiner persönlichen Perspektive nach dreieinhalb Jahren Stabsstelle Strukturwandel würde ich sagen, wir können Strukturwandel nur erfolgreich gestalten, wenn alle gemeinsam neue Pfade gehen und vorhandene Experti-

sen dafür bündeln. Wir haben schon viel, auf dem wir aufbauen können, jedoch müssen die vorhandenen Strukturen miteinander vernetzt werden. Wir brauchen den Gedanken der Cross Innovation und auch eine Vielfalt der Methoden und Herangehensweisen. Wir müssen wissen, dass es nicht nur einen Pfad gibt, es gibt vielleicht auch Alternativen. Im Rahmen des NEB wurde das über die Pluralität der Methoden geprägt und dafür brauchen wir einen Raum des Diskurses.

Wenn wir Strukturwandel nach vorne in die Zukunft gestalten wollen, dann müssen wir eben auch Geschichte und Tradition respektieren.

Von der Vogel- in die Froschperspektive: Praxisbeispiele aus Hohenmölsen

Andy Haugk

„Wenn ich alle mit einem herzlichen Glückauf begrüße, dann weiß man schon, wo ich herkomme. Ich bin Kernrevierler, tatsächlich, oder wie ich neu gelernt habe, Kerngebietler.“

Ich bin gebeten worden, ein bisschen aus dem Nähkästchen zu plaudern und zu berichten, wie der Strukturwandel auf lokaler Ebene abläuft. Wie sieht es also aus, wenn wir jetzt aus der Vogel- und Froschperspektive ins Loch hineingehen?

Die Stadt Hohenmölsen befindet sich im Gebiet des Tagebaus Profen im Süden von Sachsen-Anhalt. Wenn von Kernbetroffenheit die Rede ist, dann meinen wir, dass wir einen aktiven Tagebau in unserem Gemeindegebiet liegen haben. 2018 ist das letzte Abbaufeld eröffnet worden, das Abbaufeld Domsen. Und wenn das vollkommen aufgeschlossen worden ist, dann liegen ungefähr ein Drittel unseres Gemeindegebietes im aktiven Tagebau, und damit wird auch klar, wie groß die Aufgabe hier im Revier ist.

Ich möchte in meinem Beitrag drei Bereiche vorstellen, mit denen wir uns in der Kommune intensiv auseinander gesetzt haben und die als Praxisbeispiele dienen sollen. Zum einen ist das ein länderübergreifendes, regionales Entwicklungskonzept, was seit April diesen Jahres auf dem Tisch liegt. Ein weiteres Thema ist ein

großes Verkehrsinfrastrukturprojekt, was wir mit einer Machbarkeitsstudie untersetzt haben und um die eigene Betroffenheit zu unterstreichen, als drittes, ein Fernwärmenetz, das in die Zukunft gebracht werden muss.

Ich beginne mit dem länderübergreifenden, regionalen Entwicklungskonzept, das sich die anliegenden Kommunen gegeben haben. Wir haben also zwei Jahre unter großer Bevölkerungsbeteiligung diskutiert und abgestimmt, was nach dem Bergbau kommen soll und wie wir eine Bergbaufolgelandschaft gemeinsam gestalten können. Mittlerweile liegen die Ergebnisse aus Analysen und Bewertungen vor. Zur Nutzung dieser Bergbaufolgelandschaft haben wir im Zusammenhang mit dem Strukturwandel ein Leitbild entwickelt sowie einen großen Maßnahmenkatalog aufgesetzt. Bereits für die Lenkungsgruppe gab es einen breiten Beteiligungsprozess, bestehend aus Akteuren, wie die betroffenen Landkreise, der Planungsgemeinschaft sowie der Metropolregion und natürlich die betroffenen Unternehmen. Letztere rücken manchmal ein wenig zu sehr aus dem Fokus, dabei wollen wir im Strukturwandel eine Industrie transformieren und für unser Bergbauunternehmen, das wir vor der Haustür haben und bei dem die eigentlichen Arbeitsplätze liegen, diese Zukunft mit schaffen. Davon sind natürlich auch die Gemeinden betroffen.

Im Rahmen des Strukturwandels sind für uns vier zentrale Themenfelder zu nennen: (1) Verkehrs- und Infrastruktur, (2) Natur und Landschaft, (3) ganz wichtig, Wirtschaft: Industrie und letztendlich Arbeitsplätze sowie (4) Kultur, Tourismus und Erholung. Letztes darf nicht verwundern, schließlich ist unsere Kommune das Scharnier zwischen Leipziger

Neuseenland und der Saale-Unstrut-Weinregion. Wir sind eine große Tourismusregion im Burgenlandkreis.

„Jedoch findet sich dazwischen jede Menge Industrie und die soll auch Industrie bleiben, weil wir dafür affin sind.“

Unsere Entwicklungsziele haben wir im Zuge des länderübergreifenden Entwicklungskonzepts, kurz LüReK, auf einer Karte zusammengefasst. Darauf finden sich nun alle Ziele und Vorstellungen für die Tagebaulandschaft im Jahre 2050 wieder. Dabei begibt sich das Bergbauunternehmen in den Bereich der erneuerbaren Energien und wird natürlich in dieser Bergbaufolgelandschaft neben Tourismus, reparierter Verkehrswegeinfrastruktur und Erholung nach wie vor eine wichtige Rolle einnehmen. Denn diese Arbeitsplätze, die transformiert werden sollen, die müssen natürlich auch im Revier selber erhalten bleiben.

Kommen wir zum Thema Verkehrsinfrastruktur, weil das in Hohenmölsen als sehr wichtiges Thema empfunden wird. Dazu zählen auch Radinfrastruktur und die Entwicklung alternativer Antriebe. Das Revier wird mit der A9, A4 und A38 von einem engen Autobahnnetz umgeben, das durch weitere Bundesstraßen und Landstraßen ergänzt wird. Aber dort, wo Tagebau ist, aktiver Tagebau, sind diese Lebensadern, die sie mal waren vor langer Zeit, alle unterbrochen worden. Die hören einfach dort auf.

„Und wo in unserer Welt sind stets Wirtschaftsräume entstanden? An Lebensadern.“

Ob das nun an Flüssen ist oder an wichtigen Handelsstraßen und hier im Revier, in unserem Teil des Mitteldeutschen Reviers, sind diese Straßen natürlich seit vielen Jahrzehnten unterbrochen. Wenn wir nun wirklich ein Revier stärken wollen, dann muss es hier eine Verkehrswegenetzreparatur geben. Wie die aussehen kann, das haben wir vorgelegt, das kann man im Bereich der Radwegenetze sehen und wir haben in Hohenmölsen auch schon einen Anfang geschaffen. Es müssen wichtige Ost-, Weststraßenverbindungen (Lückenschluss der historischen B176) wieder hergestellt werden und auch Nord-Südtrassen. Eine davon - das ist ein kleiner Erfolg - ist unsere Verbindungsstraße. Die haben wir im August letzten Jahres eröffnet, die verbindet die Stadt Hohenmölsen mit der A38 und bindet damit sozusagen den Wirtschaftsraum im südlichen Teil von Sachsen-Anhalt an den Ballungsraum Leipzig an. Das hat einen spürbaren Wandel angetrieben. Seitdem diese Lebensader repariert bzw. neu erstellt worden ist, erlebt die Stadt Hohenmölsen einen Zuzug und sie wird mit allen Schulformen, mit allen Kitas sowie guten, bezahlbaren Wohnräumen in Leipzig als Wohnort wahrgenommen. Hohenmölsen gehört nun zum Speckgürtel und das entwickelt eine gewisse Kraft für die Wohnstadt, aber natürlich auch für den Wirtschaftsstandort in diesem Teil des Mitteldeutschen Reviers. Auf diesem Weg gilt es weiter voranzugehen.

Radwege spielen ebenso eine große Rolle in der Verkehrsinfrastrukturplanung. Denen haben wir uns ebenfalls in unserem Entwicklungskonzept gewidmet. Wir haben also eine sehr ausgeprägte Radinfrastruktur im Leipziger Neuseenland und wir haben eine sehr aus-

geprägte Radinfrastruktur in der Saale-Unstrut-Weinregion. Aber dazwischen befindet sich der aktive Bergbau und wir wissen, wie so ein Zielsystem in Zukunft aussehen soll. Wir wollen die Seen und die Tourismusregionen miteinander verbinden. Auch Alltagsverkehr, der immer wichtiger wird auf diesen Routen haben wir nicht vergessen und das Thema ÖPNV in den Mittelpunkt gestellt.

Als drittes Projekt möchte ich die „Grüne Wärme Hohenmölsen“ vorstellen. Die MIBRAG als Bergbauunternehmen erzeugt Eigenstrom für die eigenen Großbetriebe in Wähltitz und zuletzt in Deuben. Die Kohle aus dem Tagebau Profen geht nach Schkopau, dort liegt der Hauptabnehmer. Nicht ganz unwichtig an dieser Stelle zu nennen, ist die Zuckerindustrie in Zeitz. Die ist immer noch da. In anderen Orten in Deutschland gibt es keine Zuckerindustrie mehr, dort wurden und werden die Werke geschlossen. Südzucker Zeitz ist noch deswegen im Mitteldeutschen Revier ansässig, weil es hier einen Energieträger gibt, der noch bezahlbar ist. Das Kraftwerk Deuben ist hier noch zu erwähnen. Das hat auch Eigenstrom erzeugt und dieses Kraftwerk Deuben ist letztes Jahr als erstes Kraftwerk vom Netz gegangen. Das war für das Revier eine ziemliche Zäsur. Nicht nur, aber auch insbesondere deswegen, weil die ersten 432 Mitarbeiter sozusagen frühzeitig in den abgesicherten Ruhestand gegangen sind.

„Aber wir haben immer gesagt, Kohleausstieg muss so erfolgen, dass die neuen Arbeitsplätze bereits vorhanden sind.“

Die Menschen wurden dank guter Absicherung und Gesetze sozial abgedeckt - denen geht es also nicht schlecht. Doch die Kaufkraft fehlt nun und hier muss nachgeholt werden.

Zurück zu den Kraftwerken: die Kraftwerke Deuben und Wähltitz haben ein Fernwärmenetz versorgt, an dem die Stadt Hohenmölsen, aber auch die Stadt Teuchern und die Gemeinde Elsteraue in Teilen angeschlossen sind. Das sind 15.000 Menschen, die momentan, eine sichere Fernwärmeversorgung genießen – aus einem Braunkohlekraftwerk. Allen ist bewusst, dass das endlich ist und dafür braucht es eine Zukunft. Diese Zukunft ist eng im Zusammenhang mit der Zukunft des Bergbauunternehmens zu sehen. Es gibt einen Zukunftsplan von der MIBRAG „Erneuerung im Revier“ und dieser Zukunftsplan beinhaltet diverse Projekte, darunter Wind- und Solaranlagen sowie Blockheizkraftwerke („Elektrolyseure zur Herstellung von Wasserstoff). Das sind alles Projekte, für die es einen Ort braucht. Dafür wurde zwischen den beiden Abbaufeldern Domsen und Schwerzau, also dem künftigen Schwerzauer und Domsener See, ein Standort zur industriellen Entwicklung vorbehalten. Die Region hat sich dahinter gestellt, dass auch dort in Zukunft Industrie stattfinden soll und das ist die Zukunft der MIBRAG im Revier mit erneuerbaren Energien. Es hat längst begonnen, dass Solarparks auch auf sächsischer Seite errichtet werden. Im Tagebau Schleenhain sind Windkraftanlagen geplant, sodass zu konstatieren ist: der Ausbau erneuerbarer Energien erfolgt bereits.

Ein weiterer Entwicklungsschritt ist die Wasserstoffproduktion, die Bestandteil der Wasserstoffstrategie des Landes und auch des

Burgenlandkreises ist. Das sind alles Wärme erzeugende Prozesse, sodass wenn in Leuna ein großer Elektrolyseur aufgestellt wird, dass dann die Überlegungen oder schon Planungen bestehen eine Fernwärmleitung nach Leipzig zu bauen. Die Wasserstoffproduktion ist zwar noch kein wirtschaftlicher Prozess, jedoch kann der Wirkungsgrad einer solchen Anlage massiv erhöht werden, indem die Wärme, die bei diesem Prozess entsteht, entsprechend auch nachgenutzt wird. Und das wollen wir mit der „grünen Wärme Hohenmölsen“ tun. Gebaut werden, soll eine neue Fernwärmetrasse nach Hohenmölsen, um damit das gesamte Netz der 15.000 Einwohnerinnen und Einwohner mit CO₂-freier Wärme zu versorgen.

„Alles funktioniert nur miteinander!“

Die Zukunft, die Erneuerung von MIBRAG, die Produktion von Wasserstoff und natürlich die Zukunft der Fernwärmeversorgung in Hohenmölsen funktionieren nur miteinander.

Die Diskussion aus dem Rheinland, wo Herr Minister Habeck einen frühzeitigeren Ausstieg verhandelt hat, ist soweit bekannt. Das sind Entscheidungen, bei denen die rheinländischen Kollegen, also Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, aufgeschrien und gesagt haben: „Wie sollen wir denn jetzt bis 2030 den Strukturwandel schaffen? Wir haben uns auf andere Ausstiegsszenarien geeinigt“.

Unsere Pläne sehen genauso aus. Wir sind eingerichtet im Jahr 2034 bzw. 2035 den Kohleausstieg vollzogen zu haben. Hier schließt sich der Kreis, denn für die Straße, die ich bereits erwähnte, haben wir eine Machbarkeitsstudie 2012 erstellt und 2021 haben wir sie eingeweiht

– 10 Jahre später. Für die vielen Projekte, die jetzt für die Stadt Hohenmölsen und die Region anstehen, haben wir jetzt auch nur noch 10 Jahre. Und wenn jetzt ein vorgezogener Kohleausstieg kommt, dann ist die eventuell zwischen einem Energiedienstleister und dem Ministerium, aber ohne die Region gemacht.

Die Region schafft es nicht, schließlich sind jedem die Prozesse auf regionaler und lokaler Ebene sowie unsere Planungszeiträume bekannt. Wir sind auf den Kohleausstieg eingestellt. Die Menschen, die im Revier wohnen, die den Bruch von 1990 tatsächlich noch in den Knochen haben, wissen das und haben das akzeptiert. Sie nehmen unsere frohen Botschaften, das wir viele gute Projekte in Planung haben, wahr. Aber wir können denen jetzt nicht noch verkaufen, erneut einen Zeitplan anzupassen. Das geht nicht auf. Im diesen Sinne bleiben wir doch optimistisch für unsere Pläne, die wir haben! Unsere guten Pläne. Glückauf.

Kurs setzen im Strukturwandel – Mit dem REVIERKOMPASS zu neuen Wegen für Wertschöpfung und Innovation im Mitteldeutschen Revier

Henning Mertens

Zum Abschluss der Vorträge freue ich mich, den Bogen über das gesamte Mitteldeutsche Revier zu spannen. Die Europäische Metropolregion Mitteldeutschland (EMMD) hat den Entwicklungsprozess des Reviers als länderübergreifende Plattform in den letzten Jahren vielfältig begleitet. Sie war Impulsgeber, als sich das Thema für regionale Akteure herauskristallisierte und diese sich unter dem Dach der EMMD organisierten. So werden seit 2016 gemeinsam Strategien entwickelt und konkrete Maßnahmen im Rahmen des Strukturwandels ergriffen.

Was wäre, wenn einige Entscheidungen anders getroffen würden? Welche Entwicklung könnten wir nehmen? Was kommt noch an äußeren Einflüssen auf uns zu? Das war für uns als Strukturwandel-Team der EMMD nicht nur ein Gedankenspiel, sondern hat uns in den vier Jahren sehr eng begleitet, als wir uns mit den neun Revierkommunen (die Landkreise Altenburger Land, Anhalt-Bitterfeld, Burgenlandkreis, Leipzig, Mansfeld-Südharz, Nordsachsen, Saalekreis und die Städte Halle (Saale) und Leipzig) intensiv auseinandergesetzt haben.

Starten möchte ich mit einem kurzen Wer-

degang zum Strategieprojekt „Innovationsregion Mitteldeutschland“. Zentrale Akteure waren die neun Gebietskörperschaften des Mitteldeutschen Reviers. Diese haben sich gemeinsam mit weiteren Stakeholdern auf Initiative des Landrats Götz Ulrich aus dem Burgenlandkreis auf der Ebene und unter Moderation der EMMD zusammengefunden. So entstand bereits 2016 die Projektgruppe „Innovation im Revier“, die auch weitere strukturgebende Akteure in sich vereinte. Ein Jahr später fügte sich mit dem Modellvorhaben UNTERNEHMEN REVIER eine weitere Säule hinzu, das vom Bundeswirtschaftsministerium als erstes Förderprogramm im Strukturwandel bundesweit in allen Revieren aufgesetzt wurde. Dies traf auf sich bereits entwickelnde Strukturen und trug maßgeblich zur weiteren Selbstorganisation des Reviers bei. Zudem konnten erste Impulse in die Innovationstätigkeit der regionalen Wirtschaft gesetzt werden. 2018 mündete die Zusammenarbeit der Gebietskörperschaften in einen gemeinsamen Förderantrag zur Strategieentwicklung und es wurde eine weitreichende länderübergreifende Zweckvereinbarung geschlossen.

Als über drei Ländergrenzen hinweg eng verflochtener Wirtschaftsraum ist die strategische Zusammenarbeit ebenso schwierig wie essenziell für den bevorstehenden Kohleausstieg. So war nicht nur das Selbstbekenntnis der Revierkommunen wichtig. Ebenso wurde der anschließende Strategieprozess im Rahmen einer GRW-Bund-Länder-Förderung maßgeblich auch durch die drei Bundesländer Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen unterstützt und begleitet. Am Ende sollte ein Masterplan stehen, wie der Strukturwandel

in Mitteldeutschland erfolgreich umgesetzt werden kann. Parallel kristallisierte sich die Förderkulisse auf Bundesebene und richtete sich an den einzelnen Ländergrenzen aus. Leitbilder für die Reviere wurden im Endbericht der Kohlekommission niedergeschrieben.

Wie kann nun also in Anbetracht verschiedener Akteursebenen und attraktiver jedoch endlicher Förderkulissen ein länderübergreifender Masterplan umgesetzt werden und gelingen? Was bleibt in solchen dynamischen Zeiten bei nur schwer zu harmonisierenden Interessen und Initiativen in den Gebietskörperschaften beziehungsweise in den drei Bundesländern? Was braucht es, wenn aufgrund der Gebietszuschnitte formale Handlungsprogramme für Teilregionen die Idee eines gemeinsamen Masterplans obsolet machen? Zwischen den Ländern und der EMMD als inhaltlicher Partner im Strategieprozess gab es eine sehr enge Zusammenarbeit und die entstandenen Erkenntnisse wurden intensiv genutzt. Dabei zeigte sich der Mehrwert eines solchen länderübergreifenden Strategieansatzes und -prozesses.

„Es gilt, einen gemeinsamen Kurs zu finden.“

So galt es, statt eines umfassenden und verbindlichen Plans den Fokus auf einige wenige zukunftssträchtige Themen zu legen, die länderübergreifend Wertschöpfung und Innovation vorantreiben und im gemeinsamen Wirtschaftsraum Perspektiven eröffnen. Es sind Themen, in denen die gesamte Region über Potenzial verfügt und die durch den Strukturwandelimpuls eine zusätzliche Stärkung

und Beschleunigung erfahren – und die einen richtungsweisenden Kompass bieten.

Dieser REVIERKOMPASS wurde am 27. Juni 2022 feierlich an die Vertreterinnen und Vertreter der Länder und der neun Gebietskörperschaften des Mitteldeutschen Reviers übergeben. Die Publikation setzt ganz konkret auf wirtschaftliche Zukunftsthemen und darauf, durch Wertschöpfung und Innovation den Strukturwandel zu bewältigen. Dabei stehen auch die Menschen im Fokus, für die sich neue und attraktive Perspektiven ergeben. Die Basis des Kompasses bilden 22 Studien in fünf Handlungsfeldern, die jeweils zu einem Aktionsplan zusammengefasst wurden. Begleitet wurden diese durch einen vielschichtigen Beteiligungsprozess, sowohl mit der Zivilgesellschaft, als auch mit Expertinnen und Experten der Region. Ebenso flossen stetig die aktuellen Entwicklungen der Rahmenbedingungen und der politischen Ereignisse ein.

„Die zentrale Frage, die dabei oft im Raum steht: Alles nur Papier?“

Antwortbeispiele auf diese Frage finden sich seit Veröffentlichung des REVIERKOMPASSES in vielfältiger Anknüpfung und Strukturwandelformaten: So sprach u. a. der Landrat einer Revierkommune in einem Diskussionsforum davon, dass die Region sich einen Kompass gegeben habe. Der REVIERKOMPASS ist folglich gedanklich im Kopf und damit bei Entscheidungsfindungen immer dabei. Genau das beschreibt das Ziel und ist somit ein erster Erfolg.

Der REVIERKOMPASS zeigt vier strategische Zukunftsfelder. Diese sind nachhaltig zu stärken und konsequent in Anwendung zu

bringen, dann kann aus einer guten Ausgangsposition auch eine Vorreiterrolle entstehen. So ist die Region insbesondere hinsichtlich der Themen Wasserstoff und Bioökonomie bereits auf einem sehr guten Weg. Beide sind auch international zentrale Ansätze der Energie- und Rohstoffwende. Ein Risikofeld stellt hingegen die Cybersicherheit dar. Doch auch Risikofelder mit Potenzial gilt es im Sinne eines Resilienz steigernden Strukturwandels zu betreten. Im Bereich der Digitalisierung wird die Cybersicherheit dabei gestützt durch eine gute Basis beim Thema Data Analytics und stellt eine Anwendung dar, deren Nachfrage stetig steigen wird. In der Region gibt es einen ersten Unternehmenskern und vielfältige Anbindung an die Hochschulen. Das Innovationsökosystem komplett macht die Ansiedlung der Bundesagentur für Cybersicherheit. Das vierte Feld stellt, nach vorn gedacht, die Klammer für alle Zukunftsaktivitäten in der Industrie dar: Die Region zeichnet sich bereits jetzt durch eine lebendige Industriekultur aus. Diese fußt auf einer langen Industrietradition und hat dort auch heute ihre Stärken. Hier gilt es anzuknüpfen und Wasserstoff und Bioökonomie, wie auch den dadurch entstehenden Wandel aktiv zu begleiten und zu diskutieren – und produktiv an die Tradition anzuknüpfen. So werden Perspektiven sichtbar und zeigen die Attraktivität des Reviers anhand spannender Arbeitsbereiche auf, die an vielen Orten schon keine Zukunftsmusik mehr sind.

Abschließend folgt ein kleiner Ausblick auf die anknüpfenden Aktivitäten unter inhaltlicher Begleitung der EMMD: Die vielfältigen Erkenntnisse des REVIERKOMPASS brauchen im Sinne einer lebendigen Weiterentwicklung

weiterhin eine Moderation – 22 Studien, fünf Handlungsfeldberichte bieten sehr viele Informationen und Anknüpfungsmöglichkeiten. Hier braucht es Lotsen sowie Unterstützung bei der Umsetzung. Insbesondere länderübergreifend bleibt die EMMD hier als zentrale und von den Akteuren nachgefragte Plattform verfügbar.

Bereits seit 2017 und noch bis 2027 läuft zudem das Bundesmodellvorhaben UNTERNEHMEN REVIER. Auch dieses hat nicht nur im Strategieprozess wertvolle Erkenntnisse beigetragen, sondern profitiert selbst durch eine Fokussierung der regionalen Förderschwerpunkte. Hat man hier die Mittelausstattung des gesamten Strukturwandels mit bis zu 40 Milliarden Euro vor Augen, sind 1,6 Mio. Euro jährliche Programmausstattung ein augenscheinlich kleiner Tropfen. Dennoch ist es bisher das einzige Förderprogramm im Strukturwandel, das eine direkte Unternehmensförderung vorsieht. Und es hat sich als smartes Instrument erwiesen, Innovationsimpulse in der Region zu setzen und viel Aufmerksamkeit und Aktivität zu erzeugen. Mitteldeutschland weist hier zudem bisher die beste Bilanz der Mittelausschöpfung aller vier Reviere auf, was nicht zuletzt an der engen Zusammenarbeit der Akteure und am breit angestoßenen Strukturwandelprozess liegt. Bisher konnten 6 Mio. Euro an Fördermitteln gebunden und Projekte im Gesamtwert von 8 Mio. Euro generiert werden. Mit dem aktuell 3. Öffentlichen Ideenwettbewerb Ende 2022 wird an diese Erfolge angeknüpft. Die Themen des REVIERKOMPASS sind hier bereits als Förderschwerpunkte eingeflossen. Und es ist schon mitten in der Bewerbungsphase spürbar, dass

die themenbezogene Resonanz groß ist und die strategischen Erkenntnisse widerspiegeln.

Im Rahmen des Strukturwandelförderprogramms STARK konnte die EMMD zudem eine Folgeprojekt starten, das seit Juli speziell bei den Themen Wasserstoff und Bioökonomie als länderübergreifende Zukunftsfelder die Umsetzung aktiv begleitet. Dabei geht es sowohl darum, die Sichtbarkeit zu erhöhen, als auch Akteure zu vernetzen und die konkrete Projektentwicklung zu begleiten. Dabei ist ein zentrales Thema die Energiewende in Mitteldeutschland, insbesondere auf dem Feld des Wasserstoffs. Erneuerbare Energien wie auch eine langjährige Wasserstoffkompetenz sind schon Stärken in der Region und auf diese gilt es aufzubauen.

„In vielen Regionen in Deutschland wird Wasserstoff gerade als Zukunftsthema gehandelt, in Mitteldeutschland wird es seit vielen Jahren gelebt.“

Nicht zuletzt durch den Forschungsverbund HYPOS e.V. wurde insbesondere im Bereich Wasserstoff in den letzten Jahren entscheidende Weiterentwicklung betrieben. Eine von der EMMD und HYPOS koordinierte, vor kurzem fertiggestellte Wasserstoffnetzstudie zeigt zudem, wie groß das wirtschaftliche Interesse jetzt schon ist. Gleichzeitig wurden die vorhandenen Potentiale für eine breite Öffentlichkeit veranschaulicht: Eine Elektrolyseurkarte sowie der Mitteldeutsche Wasserstoffatlas geben einen Überblick über Akteure und Projekte in der Region und erfahren eine stetige Ergänzung.

Zweites Standbein ist die Bioökonomie. Auch hier hat die Region eine breite Vorleistung wie auch Kompetenz zu bieten. Dabei ist die Verfügbarkeit Grüner Energie die Voraussetzung für die Ansiedlung und industrielle Anwendung. Mitteldeutschland hat hier bereits vor Jahren erste Weichen gestellt und sich einen Vorsprung erarbeitet. An diesen knüpft sie nun an und es sind weitere Netzwerke entstanden, die es angesichts der Vielfalt der Anwendungsbereiche der Bioökonomie zu bündeln und sichtbar zu machen gilt. Einen ersten Schritt bildete eine Absichtserklärung und ein Selbstbekenntnis von Wirtschaft und Wissenschaft zur Bioökonomieregion Mitteldeutschland. Auch hier haben sich bereits namhafte Unternehmen in einem gemeinsamen Roadmap-Prozess des Deutschen Biomasseforschungszentrums (DBFZ) und der EMMD in Kooperation mit dem mitteldeutschen BioEconomy e. V. versammelt. Die Absichtserklärung wurde noch im Mai 2022 dem deutschen Bioökonomierat übergeben und gewinnt seitdem an weiteren Unterstützern und Interesse. Auch die Beispielregionen der industriellen Bioökonomie, erhoben durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), zeigen in Mitteldeutschland mit insgesamt sieben von bundesweit 28 Beispielregionen einen echten Hotspot.

„Insgesamt geht es darum, die Menschen und Unternehmen der Region zu befähigen, Perspektiven bestmöglich zu nutzen und den Strukturwandel wertschöpfend voranzutreiben.“

Damit verfügt das Mitteldeutsche Revier über hervorragende Instrumente und Perspektiven, die es konsequent einzusetzen und weiterzuentwickeln gilt. Denn die Herausforderungen insbesondere durch den demografischen Wandel und die Fachkräfteentwicklung sind groß. Ebenso gilt es immer noch bundesweit wirtschaftlich aufzuschließen. Deshalb ist es mehr denn je von Bedeutung, die Perspektiven aufzuzeigen und die Teilhabe an Wertschöpfung und Innovation in diesen Zukunftsfeldern zu stärken. Dann haben wir die Chance, die postfossile Zukunft nicht nur zu beschreiten, sondern maßgeblich mitzugestalten.

Konferenzstimmen zum Strukturwandel

Konferenzstimmen

„Und zwar ist Strukturwandel für mich nicht nur der Wandel von Infrastruktur, sondern auch der Wandel von Denkstruktur. Und ich glaube das ist die Voraussetzung für eine postfossile Zeit [...] Was ich jetzt sehe - will ich das von der negativen Seite beleuchten - Strukturwandel wird häufig gesehen, wie kann ich dieses Vakuum, was durch den Kohleausstieg entsteht, ersetzen mit was Ähnlichem. Also ich habe eine große Industrie und suche nach einer neuen großen Industrie.“ (Matthias Werner, Pödelwitz hat Zukunft e.V.)



„Also niemand sollte Vorrang [bei der Ausgestaltung des Strukturwandels] bekommen aber mit Sicherheit wird es Akteure geben, die sich Vorrang verschaffen, weil sie einfach sehr engagiert sein werden oder mit ihren Technologien oder mit ihren Einflüssen, die sie bringen können, gerade auf einen Nerv treffen.“ (Theresa Rienäcker, EWG Anhalt-Bitterfeld mbH)

„Das sind wichtige Akteure aber auch junge Menschen, die vielleicht am ehesten ihre Perspektiven dann auch sehen müssen, was ist hier in 50 Jahren. Und ich glaube auf wen man nicht hören sollte, wäre der einzelne Arbeiter, der jetzt vielleicht im Braunkohlebergbau gerade augenblicklich beschäftigt ist. Dass der ein Interesse hat, dass es weiter Braunkohlebergbau gibt, ist auch klar [...] Und auch die ganzen Spaten, die hier jetzt abgelöst werden sollten, sollte man einbinden, aber nicht jetzt die ganze Zeit über Arbeitsplätze nachdenken, weil die liegen in der Zukunft und nicht im Vergangenen.“ (Daniel Herrmann, Werkleitz Gesellschaft e.V.)



„Wir werden glaub ich mehr Stoffkreisläufe hinterfragen. Dass wir wirklich mehr drauf achten, wo kommen unsere Ressourcen her und wie verwenden wir sie, wie setzen wir sie ein, mit welcher Menge und mit welchem Ziel. Und wir werden natürlich ein großes Potential haben an Flächen. Wie nutzen wir diese Flächen? [...] Also werden das Freizeitbereiche, wird dieser Bereich für Umwelt- und Naturschutz freigehalten oder siedelt sich dort Wirtschaft weiter an? Ich hoffe, dass es die Gesellschaft nicht weiter spaltet der Ausstieg, sondern dass eben das Ganze sozialverträglich stattfindet.“ (Nicole Hermes, BUND, Regionalverband Halle-Saalekreis)



„Man wird sich wieder mehr auf regionale Assets zurück entsinnen und dadurch wird vielleicht auch kulturell ein stärkerer Zusammenhalt entstehen, wenn man eben in dieser globalisierten Welt Megatrends regional umsetzt und das aber auch mit einer Begeisterung macht und das als Chance sieht.“ (Julia Mayer, Metropolregion Mitteldeutschland)



Wissenschaftliche Perspektiven

Sekundärrohstoffe – Was passiert mit der ersten Ableitung des Kohleausstiegs

Ralf Wehrspohn

Am 25. Januar 2019 hat die Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung, kurz Kohlekommission, ihren Abschlussbericht der Bundesregierung vorgelegt mit einem Gesamtpaket von Maßnahmen im Wert von ca. 100 Mrd. Euro. Das Abschlussdatum des Kohleausstiegs wurde aus guten Gründen auf das Jahr 2038 gelegt. Schließlich handelt es sich bei den meisten Kohlekraftwerken nicht nur um reine stromgeführte Steinkohlekraftwerke, sondern es geht auch um Industrie-arbeitsplätze im Braunkohletagebau und der Braunkohleveredlung. Zudem muss ein Ersatz für Pipeline-gebundene Kraftwerke aufgebaut werden, die Fernwärme und Prozessdampf für die Industrie liefern.

In einem Schreiben an alle Mitglieder der Kohlekommission wies der Bundesverband Gips darauf hin, dass im Jahr 2019 55 % des Gipsaufkommens durch Rauchgasentschwefelung bereitgestellt werden (sog. REA-Gips) und der Ausstieg zu erheblichen Problemen bei der Versorgung mit Gips führen müsse. Auch wenn das Thema allen präsent war, waren die Aspekte der Industrien der „ersten Ableitung des Kohleausstiegs“ – wie REA-Gips und Industrien, die Flugaschen nutzen – kaum entscheidungsbegleitend für die Diskussion. Ein Fehler, wie sich jetzt allmählich immer klarer herausstellt, denn die Gebäudewende basierend auf Holzbauweise ist ohne Gipskarton kaum

vorstellbar. Inzwischen ist für den Ausstieg sogar schon das Jahr 2030 angedacht.

Aber nicht nur Gips und Flugasche sind vom Kohleausstieg betroffen. Auch die kohle- verarbeitende Industrie ebenso wie die Stahl- industrie steigen aus der Kohlenutzung aus. Auch hier sind substanzielle Reduktionen an Sekundärrohstoffen bis 2035 abzusehen. Der Anteil der Hochöfen in Deutschland wird sich mindestens halbieren, was eine gleichstarke Reduktion der Menge an Hüttensanden be- dingt. Spätestens bis zum Jahr 2045 wird das Aufkommen dann auf Null sinken – realistisch wird das eher Anfang der 2030er Jahre, wenn es keine kostenlose Zuteilung von CO₂-Zer- tifikaten mehr gibt.

Betrachtet man das Gesamtaufkommen an Sekundärrohstoffen in Deutschland, so liegt dieses bei ca. 100 Mio. t. Davon stellen RC-Bau- stoffe, welche unabhängig vom Kohleausstieg sind, die größten Mengen dar. Leidtragende ist daher vor allem die Zementindustrie, die Flug- aschen und Hochofensande nutzt (etwa 9 Mio. t p.a. entfallen) und ebenso die Gipsindustrie, die bisher auf den REA-Gips angewiesen ist und damit einen erheblichen Beitrag zum Umwelt- schutz leistet (etwa 5 Mio. t p.a. entfallen).

Welche Optionen ergeben sich aus Sicht des ITEL für die Zement- und Gipsindustrie?

Im scheinbar einfachsten Fall könnten diese 14 Mio. t wegfallender Nebenprodukte durch Primärrohstoffe ersetzt werden. Dies bedeutet natürlich einen deutlich höheren Eingriff in die Natur, verbunden mit den entsprechenden CO₂-Emissionen bei Steinbrüchen und in der Herstellung von Gipsen und Zementen. Allein bei Zement würde der Wegfall von 9 Mio. t p.a. Flugaschen und Hochofensanden gut 5 Mio.

t CO₂ zusätzlich erzeugen, wenn man diese Mengen durch Primärrohstoffe ersetzt (0,6t CO₂ pro t Zement), beim Gips wären dies ca. 1 Mio. t p.a. CO₂. Bei einem CO₂-Preis von 100 Euro / t wären dies zusätzliche CO₂-Kosten vom 500 Mio. Euro für die Zementindustrie und 100 Mio. Euro für die Gipsindustrie.

Welche Optionen bestehen?

1. Erschließung neuer Rohstoffvorkommen in Deutschland
2. Import von Rohstoffen nach Deutschland aus Ländern ohne Braunkohlekraftwerke und viel natürlichem Gips wie z.B. Spanien
3. Entwicklung neuer Quellen für Sekundärrohstoffe –hier bietet sich die Lithiumherstellung an.

Die Potenziale des aktuellen chinesischen Prozesses der Laugung und Röstung von Spodumen-Erzen (Einsatzmenge etwa 250 kt) liegen bei 170 kt Aluminiumsilikaten und 30 kt Gipsen. Die Potentiale im patentierten Rock-Tech-Prozess liegen gerade für Gips noch einmal deutlich höher bei ca. 100 kt. Sollten in Deutschland und Nachbarstaaten 15-20 Konverter gebaut werden, so stehen sowohl Gipse als auch Aluminiumsilikate im kleinen einstelligen Millionen-Tonnenbereich zur Verfügung. Hier ergeben sich in der Forschung und für das Unternehmertum spannende Aufgaben, denen es sich lohnt nachzugehen, vor allem mit Blick auf den aktuellen Stand der anderen synthetischen Gipse. Im Jahr 2019 belief sich die Menge an synthetischem Gips auf 36 kt.

Referenz

Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden e.V. (2022): Studie „Die Nachfrage

nach Primär- und Sekundärrohstoffen der Steine-und-Erden-Industrie bis 2040 in Deutschland“. URL: <https://www.baustoffindustrie.de/downloads>. Letzter Zugriff am 17.04.2023.

Regulierung des grenzüberschreitenden Rohstoffhandels – zentrale Elemente eines internationalisierten Strukturwandels

Christian Tietje

I. Die Rohstoffversorgung Deutschlands und Europas insgesamt wird zwischenzeitlich als ein zentrales Element im Prozess eines nachhaltigen Strukturwandels angesehen. Das betrifft insbesondere alle Fragen des Strukturwandels, die sich vor dem Hintergrund der Herausforderung des sogenannten Klimawandels ergeben. Kennzeichnend hierfür und inhaltlich überzeugend ist das Eckpunktepapier des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) „Wege zu einer nachhaltigen und resilienten Rohstoffversorgung“. Das Eckpunktepapier des BMWK, das am 3. Januar 2023 veröffentlicht wurde, hebt bereits im einleitenden Satz hervor, dass „[d]ie Sicherstellung einer nachhaltigen Rohstoffversorgung eine der zentralen Grundlagen für die deutsche Wirtschaft und die Erreichung der Klimaziele [ist]“. Diese Erkenntnis liegt auch den gegenwärtigen Regulierungsanstrengungen der EU zugrunde. Hier wird mit Spannung der für die erste Jahreshälfte 2023 angekündigte Critical Raw Materials Act der EU erwartet. Die EU-Kommission sieht den geplanten Critical Raw Materials Act in einem größeren Zusammenhang als Bestandteil des sogenannten „Green Deal Industrial Plan“; dieser wiederum steht in direktem Zusammenhang zum „Inflation Re-

duction Act of 2022“ der USA, der gegenwärtig das Potential zu einem neuen Handelskrieg zwischen der EU und den USA hat.

Das BMWK nennt in seinem Eckpunktepapier drei Schwerpunkte der Ausrichtung der zukünftigen Rohstoffpolitik: 1. Kreislaufwirtschaft, Ressourceneffizienz und Recycling, 2. Diversifizierung der Rohstofflieferketten, 3. Sicherstellung eines fairen und nachhaltigen Marktrahmens. Auf alle drei Schwerpunkte gegenwärtiger und zukünftiger Rohstoffpolitik bezogen ist eine jeweils inhärente internationale Dimension offensichtlich: Kreislaufwirtschaft, Ressourceneffizienz und Recycling hängen zentral mit der Verfügbarkeit von Recyclingmaterialien und insgesamt Stoffen und Produktionsprozessen in den internationalen Wertschöpfungsketten zusammen. Das gilt ähnlich für die Forderung nach einer Diversifizierung der Rohstofflieferketten. Sinnvolle Diversifizierung kann nur gelingen, wenn es möglichst unbeschränkte Handelswege auf Rohstofflieferketten bezogen gibt. Die Sicherstellung eines fairen und nachhaltigen Marktrahmens, namentlich mit Blick auf ESG-Standards, kann in globalisierten Märkten nur gelingen, wenn möglichst international harmonisierte Standards zur Anwendung kommen.

Es zeigt sich damit schon an dieser Stelle, welche Bedeutung dem internationalen Wirtschaftsrecht insgesamt im Hinblick auf internationalisierte Strukturwandelprozesse, die sich auf eine nachhaltige und resiliente Rohstoffversorgung beziehen, zukommt. Nachfolgend soll ein kurzer Überblick zu einigen Grundstrukturen des internationalen Wirtschaftsrechts, die sich auf Rohstoffe beziehen, gegeben werden.

II. Das internationale Wirtschaftsrecht, das sich auf Rohstoffe bezieht, ist schon immer von zwei zentralen Fragen bestimmt gewesen: Zum einen stand immer die Versorgung mit Rohstoffen der Verbraucherstaaten (Importstaaten) zur Debatte. Ebenso von Interesse waren zudem stets Gesichtspunkte der wirtschaftlichen/sozialen Entwicklung der Exportstaaten, insbesondere Staaten des globalen Südens als Rohstoffexportstaaten. Das in dieser Konstellation sichtbar werdende Spannungsverhältnis erreichte rechtlich und politisch einen zentralen Höhepunkt am 14. Dezember 1962, als die UN-Generalversammlung die Resolution 1803 (XVII) zu „Permanent Sovereignty over Natural Resources“ annahm. Der in dieser Resolution klar manifestierte Anspruch namentlich der Staaten des globalen Südens auf freie und souveräne Entscheidung über die Ausbeute und Verwendung ihrer Rohstoffe begründete immer wieder politische und wirtschaftliche Spannungen zu den Staaten und Unternehmen der industrialisierten Regionen der Welt, die auf die entsprechenden Rohstoffe angewiesen waren bzw. diese, als Unternehmen, in den entsprechenden Ländern des globalen Südens abbauten. Handelsbeschränkungen, entschädigungslose Enteignungen, Nutzungsbeschränkungen, sogenannte Performance Requirements und vieles andere mehr wurden unter Verweis auf „Permanent Sovereignty over Natural Resources“ immer wieder implementiert oder diskutiert. Letztlich reichen die entsprechenden Spannungen und Herausforderungen bis heute fort, wenn man nur an jüngere Nationalisierungswellen im Rohstoffsektor in einigen mittel- und südamerikanischen Staaten in der jüngeren Vergangenheit denkt.

Allerdings ist die Diskussion zu „Permanent Sovereignty over Natural Resources“ heute inhaltlich erweitert worden. Fragen zu Rohstoffen und den Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen sowie Gesichtspunkte von Good Governance und Lieferkettenverantwortung auch im Rohstoffbereich spielen eine zunehmende wichtiger werdende Rolle.

Eine zentrale Herausforderung im internationalen Rohstoffrecht ist neben den genannten politischen Fragen, dass es kein einheitliches, multilaterales Regelwerk des internationalen Rohstoffrechts gibt. Die historische Entwicklung des internationalen Rohstoffrechts bedingt seinen fragmentierten Charakter. Eine wichtige Bedeutung hatten historisch Rohstoffabkommen, die durch Ausgleichsfonds oder sonstige Mechanismen der Marktintervention versuchten, auf einzelne Rohstoffe bezogen eine relative Preis- und damit auch Versorgungssicherheit herbeizuführen. So zum Beispiel wurde bereits 1864 das erste Pariser Zuckerabkommen geschlossen. Dieses wurde 1902 mit der Brüsseler Zuckerkonvention dahingehend erweitert, dass eine „supranationale“ Überwachungsbehörde für den weltweiten Zuckerhandel eingeführt wurde. Nach dem zweiten Weltkrieg gab es dann Ansätze, im Rahmen einer zu schaffenden internationalen Handelsorganisation gewisse multilaterale Standards auch für den Rohstoffhandel festzuschreiben. Allerdings ist die geplante „International Trade Organisation (ITO)“ nie in Kraft getreten. Das allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT), das als Teilstück der wesentlich breiter angelegten ITO zum 1. Januar 1948 in Kraft trat, enthielt, auch nach einer entsprechenden Weiterentwicklung auf Gesichtspunkte von Handel und Ent-

wicklung bezogen im Jahre 1965, letztlich nur rudimentäre Regelungen zum internationalen Rohstoffhandel. All dies kontrastiert freilich mit der Erkenntnis, dass heute in Staaten wie Russland, China und Indien und insgesamt in den Staaten des globalen Südens Handelsbeschränkungen insbesondere auf den Export von Rohstoffen bezogen zahlreich vorhanden sind. Es verwundert daher auch nicht, dass in jüngerer Zeit im Rahmen des Streitbeilegungsmechanismus der Welthandelsorganisation (WTO), die seit dem 01.01.1995 die Nachfolge des alten GATT angetreten hat, insbesondere auf China bezogen zwei wichtige Streitverfahren durchgeführt und abgeschlossen wurden. In beiden Verfahren sind vereinfacht gesagt Exportbeschränkungen Chinas für Rohstoffe und seltene Erden als rechtswidrig erklärt worden. In einem vergleichbaren Verfahren gegen Indonesien ist gerade jüngst am 30.11.2022 eine ganz ähnliche Entscheidung zu Exportbeschränkungen für Nickelerz ergangen. Auch diese Entscheidungen ändern allerdings nichts daran, dass das traditionelle Welthandelsrecht in der heutigen Form des WTO-Rechts relativ wenig zum übergeordneten Thema der Versorgungssicherheit im Rohstoffsektor, insbesondere auch mit Blick auf Nachhaltigkeitsgesichtspunkte beitragen kann. Dementsprechend wurde frühzeitig auch nach dem zweiten Weltkrieg begonnen, ergänzende Regulierungsansätze international zu verfolgen. An erster Stelle zu nennen sind hierbei die Anstrengungen der United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD). Im Rahmen von UNCTAD wurden verschiedene Ansätze genommen, um ein integriertes Rohstoffprogramm zu realisieren;

dazu gehörten gemeinsame Fonds für Rohstoffe (u.a. Bananen, Kautschuk, Zinn) und spezifische Rohstoffabkommen, u.a. auf Jute und Tropenholz bezogen. Mit der Insolvenz des internationalen Zinnrates im Jahre 1985 kamen all diese Regulierungsanstrengungen allerdings zum Erliegen. Insgesamt kann heute festgestellt werden, dass sich das Konzept marktinterventionistischer Maßnahmen der internationalen Gemeinschaft im Rohstoffbereich nicht durchgesetzt hat.

Allerdings erfahren Rohstoffabkommen in jüngerer Zeit wieder zunehmendes Interesse, wenngleich auch in anderer Ausrichtung. In diesem Sinne heißt es im Eckpunktepapier des BMWK zu einer nachhaltigen und resilienten Rohstoffversorgung u.a., dass es auch um eine „strategische Ausrichtung der internationalen Zusammenarbeit im Rohstoffbereich“ gehen muss. Nach Ansicht des BMWK geht es hierbei um den „strategischen Auf- und Ausbau von internationalen bilateralen und regionalen Partnerschaften (mit konkreten Projekten und Initiativen der Unternehmen unternimmt), womöglich frankiert durch trilaterale Kooperationen mit ausgewählten Partnern (z.B. Japan, USA etc.)“. Damit greift das Bundeswirtschaftsministerium konkrete Initiativen auf, die die Bundesregierung seit ca. 10 Jahren unternimmt. Konkret geht es hierbei um Abkommen über eine „Zusammenarbeit im Rohstoff-, Industrie- und Technologiebereich“, die zwischenzeitlich konkret mit der Mongolei (2011), Kasachstan (2012) und Peru (2014) abgeschlossen wurden. Diese werden ergänzt durch entsprechende Memoranden of Understanding mit Australien, Chile und Kanada sowie Kompetenzzentren für Bergbau

und Rohstoffe an den Außenhandelskammern in Australien, Brasilien, Chile, Kanada, Peru und Südafrika. Ob diese Initiativen tatsächlich erfolgreich waren bzw. sind, kann bezweifelt werden. Überdies spricht vieles dafür, dass die Bundesrepublik Deutschland gar nicht die Kompetenz hat, entsprechende Abkommen abzuschließen; die Vertragsabschlusskompetenz auch in diesem Bereich liegt ausschließlich bei der Europäischen Union. Die EU macht Fragen des grenzüberschreitenden Rohstoffdialoges zwischenzeitlich auch zum regelmäßigen Bestandteil der von ihr abgeschlossenen sogenannten „Deep and Comprehensive Free Trade Agreements“. Einschlägige Vorschriften finden sich in den Handelsabkommen mit Vietnam, Japan, Kanada, Singapur, Mexiko und Kasachstan. Schaut man sich aber beispielsweise die Regelung im einschlägigen Art. 25.4 des Handelsabkommens mit Kanada (CETA) an, so wird deutlich, dass es letztlich nicht um substantielle Rechtsregeln zum Rohstoffhandel geht. Vielmehr wird ausschließlich ein Dialogprozess initiiert. Im Augenblick ist auch nicht zu erwarten, dass sich dies in naher Zukunft tiefgehend ändern wird. Der gegenwärtig diskutierte und für die erste Jahreshälfte 2023 angekündigte EU Critical Raw Materials Act wird zwar Prioritäten und Ziele der Rohstoffpolitik der EU und ihrer Mitgliedsstaaten festschreiben. Allerdings soll sich dies nach den vorliegenden Plänen in erster Linie auf den EU-Binnenmarkt beziehen. Fragen der Rohstoffsicherheit und des Rohstoffhandels im Verhältnis zu Drittstaaten, werden nach den bisherigen Plänen vom Critical Raw Materials Act nur am Rande behandelt werden.

III. Klassische Handelsfragen zum Import

und Export von Rohstoffen als Bestandteil von übergreifenden Gesichtspunkten der Versorgungssicherheit werden seit einigen Jahren intensiv durch Gesichtspunkte des Investitionsschutzes im Rohstoffbereich ergänzt. Auch vor dem Hintergrund einer „Permanent Sovereignty over Natural Resources“ und heute zunehmend Fragen möglicher bzw. notwendiger Regulierungsfreiheit auf Gemeinwohlbelange wie Umweltschutz bezogen, sind Auslandsinvestitionen im Rohstoffsektor inhärenten politischen Risiken ausgesetzt. Internationale schiedsgerichtliche Verfahren zwischen Investoren und Staaten, die sich auf Auslandsinvestitionen im Rohstoffsektor beziehen, machen daher auch einen Großteil aller Investor-Staat-Investitionsschutzverfahren aus. Die gesellschaftspolitische und auch wirtschaftliche Sensibilität entsprechender Verfahren liegt dabei auf der Hand. Das gilt ebenso für die Herausforderung, die sich diesbezüglich auf nachhaltige Strukturwandelprozesse ergeben. Als Beispiel soll hier nur die gegenwärtige Diskussion über das zukünftige Schicksal des sogenannten Energiecharta-Vertrages angeführt werden. Die Bundesregierung hat im Herbst 2022 verkündet aus diesem völkerrechtlichen Vertrag, der Investitionen im Energiesektor schützt, aussteigen zu wollen. Das wird damit begründet, dass der Vertrag angeblich die Energiewende weg von der Nutzung fossiler Brennstoffe erschwere. Auch wenn es hierfür keine überzeugenden empirischen und/oder juristischen Argumente gibt, zeigt sich ein erheblicher politischer Druck. Allerdings bleibt unbeantwortet, wie die notwendigen und extrem großvolumigen Investitionen im Bereich nachhaltiger Energien und Rohstoffe, die mit

der sogenannten Energiewende zwangsläufig einhergehen müssen, im grenzüberschreitenden Bereich geschützt werden sollen. Investoren verlangen hier entsprechende Sicherheiten, um unternehmerische Entscheidungen zu treffen. Das damit offensichtlich werdende politische Dilemma, in dem man sich gegenwärtig bewegt, ist zurzeit nicht auflösbar. Hier gibt es noch viele offene, auch politische und juristische Fragen im Rahmen des internationalen Wirtschaftsrechts, die nachhaltigen Strukturwandel mitbestimmen werden. Das gilt ebenso für die gesamte Problematik der Sicherung von Nachhaltigkeitsaspekten in internationalen Lieferketten, die natürlich auch Lieferketten im Rohstoffbereich betreffen. Auch hier stellen sich noch viele offene Fragen im internationalen Wirtschaftsrecht, die für einen nachhaltigen Strukturwandel ausgesprochen wichtig sind.

IV. Das internationale Rohstoffrecht ist seit Jahrzehnten fester Bestandteil des internationalen Wirtschaftsrechts insgesamt. Es ist mit zahlreichen Herausforderungen behaftet, die zum Teil alt, zum Teil aber auch ganz aktuell sind. Aufgrund seines sehr fragmentierten Charakters kann das internationale Rohstoffrecht gegenwärtig nicht auf alle gegebenen Herausforderungen, die mit Rohstofffragen verbunden sind, geben. Das ändert allerdings nichts daran, dass nur durch ein zukünftig zunehmend kohärentes und zum Teil auch durchaus regelungsintensives internationales Rohstoffrecht den Herausforderungen begegnet werden kann, die mit einem nachhaltigen Strukturwandel verbunden sind.

Referenzen

- Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (Hrsg.) (2023): Eckpunktepapier: Wege zu einer nachhaltigen und resilienten Rohstoffversorgung. URL: <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/E/eckpunktepapier-nachhaltige-und-resiliente-rohstoffversorgung.html>. letzter Zugriff am 03.01.2023.
- Bungenberg, M. & Weiss, F. (2022): Internationale Rohstoffmärkte. In: Tietje, C. & Nowrot, K (Hrsg.): *Internationales Wirtschaftsrecht*. 3. Auflage, § 7.
- Franke, M. (2011): WTO China – Raw Materials: Ein Beitrag zu fairem Rohstoffhandel? In: Beiträge zum Transnationalen Wirtschaftsrecht, Heft 114, <http://dx.doi.org/10.25673/76744>.
- Reinisch, A. (2022): Internationales Investitionsschutzrecht. In: Tietje, C. & Nowrot, K. (Hrsg.): *Internationales Wirtschaftsrecht*. 3. Auflage, § 9.
- Tietje, C. (2022): Begriff, Geschichte und Grundlagen des internationalen Wirtschaftsrechts. In: Tietje, C. & Nowrot, K. (Hrsg.): *Internationales Wirtschaftsrecht*. 3. Auflage, § 1.
- Tietje, C. (2022): WTO und Recht des Weltwarenhandels. In: Tietje, C. & Nowrot, K. (Hrsg.): *Internationales Wirtschaftsrecht*. 3. Auflage, § 4.

Fossil-free social movements in South Africa

Jasper Finkeldey

Coal mining in South Africa was integral to the country's industrialisation and henceforth played a central role in the country's economy. South Africa is among the top ten coal exporting countries globally. The country hosts Africa's biggest coal sector by far. Because of its geographic location, South Africa exports coal to both Asia and Europe. I am going to trace the origins of South Africa's fossil fuel politics and how fossil fuel interests are challenged by social movements. First, I will give an account of the deep entrenchment of fossil fuel interests and the close relationship between mining capital and political power. Second, I will look at how contemporary fossil fuels projects are resisted by organised groups, which I refer to as fossil-free social movements.

Fossil fuel interests in South Africa

For more than a century, the tight interlinkage between political power and mining capital has been a main characteristic of South Africa's political economy. The famous Cecil Rhodes (1853-1902) was a champion of British colonialism who was both the Prime Minister of the Cape Colony and founder of De Beers diamond company. During apartheid (1948-early 1990s), mining interests were brutally enforced by the white minority. Apartheid was sustained by a labour system that absorbed cheap black labour from the subcontinent for the mining sector. The first democratic elections in 1994 ended apartheid but did not come with a radical break

from racial inequalities in income and wealth (Bond 2014). Ownership in the mining sector did not change hands after apartheid, nor was more emphasis placed on environmentalism. A newly emerging black elite, including today's President Cyril Ramaphosa, made a fortune in business ventures including the mining industry. Successive South Africa governments framed mining and fossil fuel extraction as generally in the national interest, effectively labelling anti-extractive opposition as unpatriotic. More recently, the oil and gas industry's proposal to start an unconventional gas (also known as fracking) industry is framed as good for the nation by the sitting government (Finkeldey 2016).

Fossil-free social movements in South Africa

For a long time, there was no strong opposition to environmental disturbances from mining or industry in South Africa. There was a lack of a coherent environmental critique to industrial practices. Even the environmental movement in South Africa was promoting conservation efforts focusing on wildlife conservation, rather than offering a comprehensive critique of social and environmental injustices (Brooks 2005). Today, however, fossil fuel extraction and nature conservation are often seen as incompatible land uses by an emerging group of fossil-free activists.

Fossil fuel extraction in South Africa is moving to a new stage. Coal deposits in traditional coal mining areas are depleting. Fossil fuel extraction projects are proposed in areas that were traditionally not considered for mining, including conservation areas and

middle-class neighbourhoods. For people who had previously been unaffected by fossil fuel projects, the emergence of these projects in new areas is changing their perception. New fossil fuel project proposals thus change the protest landscape of South Africa and have led to the emergence of new fossil-free social movements. Understanding social movement claim-making offers insights to a grassroots perspective on planned fossil fuel infrastructure and the state of participatory democracy more broadly. In my work, I define: “social movements against fossil fuels or fossil-free movements as organised and sustained groups using different tactics to stop fossil-fuel projects at the point of extraction or any other point of the production cycle. Fossil-free activists are at particular risk of violence, as they threaten the profits of a billion-dollar industry that is often backed by the state and therefore heavily policed. The challenge to stop fossil fuels might be coupled with a range of other demands and frames around conservation, climate change, or anti-racism” (Finkeldey 2022, p. 3).

In my research, I am examining the province of KwaZulu-Natal as a non-traditional mining province where several fossil fuel projects are currently pending and being vocally resisted. I will zoom-in on a particularly contested area where a number of new coal mining projects are proposed including mine extensions and the opening of a new coal mines. The Hluhluwe-iMfolozi Park is a more than a century old conservation area. Two coal mines in the area are already in operation with the Zululand Anthracite Colliery (ZAC) showing the “ugly face of mining in South Africa” because of water stress caused by the mine’s thirst, dust pollution,

and a high prevalence of tuberculosis among residents (Smith & Carrington 2015). Residents living outside the park are mostly smallholder farmers with very low cash income.

New mine proposals have led to the start of the iMfolozi Wilderness Campaign (SAVE). The campaign is led by six activists who are forming the “subcommittee to opposing mining expansion”. Five of the six subcommittee members have work experience in the non-profit sector focusing on conservation. I will briefly discuss the framing strategies of the SAVE campaign to mobilise against new coal mines in the area. Learning processes led to the two changes in the focus of the movement campaign against coal.

The first reaction to coal mining proposals by SAVE was to campaign for the conservation area to save the wilderness and the white rhino in the park from extinction. Coal mining and conservation were presented as incompatible. While the global conservation community was showing solidarity online by signing a petition and donating to SAVE, there was little resonance in South Africa. The leadership group reconsidered its strategy and started to engage with the residents around the park who would be affected by coal mining. Through the interaction between the subcommittee and local residents, it emerged that people had little knowledge about potential mining. These interactions led SAVE to include more local voices in their claims: “[n]othing about our land (and us) without us” was embraced to rally against the mine that would eradicate a number of villages. A third angle was embraced when an anti-mining activist in the Eastern Cape province was killed. The tragic

event caused a huge outcry and contributions by several academics who write about political ecology and green NGO activists started to shape the campaign as well. The framing of the campaign moved towards claims for environmental justice, effectively extending the two former approaches to contextualise them against the backdrop of the runaway climate crisis and the opposition against the extractive industries more broadly.

The shift of campaign focus shows the multiple dimensions of grassroots grievances with coal mining, including anticipated social and environmental harms. The SAVE campaign is one of the rare examples of the connection between social and environmental demands. This is also due to a versatile and committed leadership group that was able to react flexibly to political opportunities. In the meantime, there are mixed messages coming from the South African government and the international community. The EU, USA, and UK, among others, committed to a Just Energy Transition Partnership to the tune of 8.5 billion Euro with South Africa in 2021, expressing hope that coal mines could be closed sooner than anticipated. However, coal imports to Europe have increased eightfold in the first half of 2022 (Finkeldey 2022b). Grassroots activists perceive fossil fuel politics as one step forward, two steps back. Fossil-free movements are therefore unlikely to leave fossil fuel politics to governments alone.

References

Bond, P. (2014): *Elite transition: From apartheid to neoliberalism in South Africa*. Pluto Press.

Brooks, S. (2005): Images of 'Wild Africa.' nature tourism and the (re)creation of Hluhluwe game reserve, 1930-1945. *Journal of Historical Geography*, 31(2), 220-240. <https://doi.org/10.1016/j.jhg.2004.12.020>.

Finkeldey, J. (2016): WITNESS: South Africa's Parliament split over future of fracking. *The Ecologist*. <https://theecologist.org/2016/dec/05/witness-south-africas-parliament-split-over-future-fracking>.

Finkeldey, J. (2022a): *Fighting global Neo-extractivism: Fossil-free social movements in South Africa*. Routledge.

Finkeldey, J. (2022b): Südafrika: Der schmutzige Kampf um die Kohle. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 11, 29-32.

Smith, D. & Carrington, D. (2015): Dust, TB and HIV: the ugly face of mining in South Africa. *The Guardian*. <https://www.theguardian.com/environment/2015/may/26/dust-tb-hiv-ugly-face-mining-south-africa>.

Braunkohleausstieg im Mitteldeutschen Revier: *Strukturwandel* als politische Leerstelle

Felix Schiedlowski

Deutschland wendet sich ab von der Energie-ressource Braunkohle. Außerhalb der Reviere hatte die Braunkohle nie den besten Ruf, galt oft als dreckig, landschaftsfressend und, im Vergleich zur Steinkohle, minderwertig in der Qualität. Doch während der Abschied von der heimischen Steinkohle längst und der Ausstieg aus der Kernenergie bald vollzogen ist, war die Braunkohle für den deutschen Strommix nicht wegzudenken. Dieser Umstand gilt bis heute, das weiß man in den Braunkohlerevieren Rheinland, Lausitz und Mitteldeutschland, wo Braunkohle zwar ganz konkret Dreck, Lärm und verlorene Landschaft bedeutet, aber eben auch als Bodenschatz wahrgenommen wird. Dieser Beitrag handelt vom Abgang der Braunkohle im Mitteldeutschen Revier, betrachtet aus ethnologischer Perspektive. Auch hier im Mitteldeutschen Revier soll der Ausstieg aus der Braunkohle ein schleichender Prozess sein, ein Prozess der Langsamkeit, abgeschlossen bis 2038. Gleichzeitig wurde allen drei Revieren ein 40 Milliarden Euro teurer *Strukturwandel* versprochen, für die Transformation hin zu einer post-fossilen Energielandschaft und Gesellschaft. Gut angelegtes Schmerzensgeld soll das sein, für blühende Landschaften, auch wenn das so niemand mehr sagen möchte. Die Prozesse von Kohleausstieg und *Strukturwandel* laufen dabei parallel, doch der *Strukturwandel* soll der Kohleabwicklung immer einen Schritt voraus sein.

Post-fossile Zukunft, post-sozialistische Vergangenheit und die Leerstelle Gegenwart

Der Strukturwandel ist ein Versprechen. Der Verfall der alten Kohlewelt soll langsam und behutsam voranschreiten, der Aufbau der neuen Welt soll hingegen schnell erste Ergebnisse zeigen. Die 40 Milliarden Euro übersetzen sich in genügend Geld, 2038 wird zu genügend Zeit, für den Wandel in eine nachhaltige Zukunft. In den beiden ostdeutschen Revieren Lausitz und Mitteldeutschland bezieht sich dieses Zukunftsversprechen auch auf die Vergangenheit. 2038 steht im Dialog mit den Umbrüchen von und nach 1989/90. Die Irrungen der Wendejahre, das alte Versprechen der blühenden Landschaften, welches neben Einheit, Demokratie und sozialer Marktwirtschaft eben auch die Schocktherapie von Deindustrialisierung und Massenarbeitslosigkeit bedeutete, wird heute vielmals zum *Strukturbruch* erklärt. 1989/90 soll das Gegenteil von 2038 darstellen, *Strukturwandel* statt *Strukturbruch*. Gleichzeitig sollen beide Prozesse zusammengedacht werden. *Strukturwandel*, dieser Weg hin zur post-fossilen Welt, soll zum Korrektiv der alten, post-sozialistischen Transformation werden.

Der *Strukturwandel* wird somit zu einer Vorlaufzeit zwischen 1989/90 und 2038, bei welcher die Gegenwart verdeckt wird von den zeitlichen Orientierungen Vergangenheit und Zukunft. Die Gegenwart wird zur grünen Wiese, zur Blaupause für Industrie und Gesellschaft. Eine Leerstelle tut sich auf, das Mitteldeutsche Revier, meine Forschungsregion, ist gefangen zwischen *nicht mehr* und *noch nicht*. Diese Leerstelle ist nicht als defizitärer Zustand oder als fehlendes Wissen zu begreifen. Die

Leerstelle fungiert viel mehr als Bedeutungswelt, kann als Zustand dieser Region verstanden werden. Statt nach Inhalten hinter dieser Leerstelle zu suchen, muss die Leerstelle selbst ernst genommen werden. Oder, mit den Worten der amerikanischen Ethnologin Kathleen Stewart gesprochen: „Imagine a world that dwells in the space of the gap, in a logic of negotiation, surprise, contingency, roadblock, and perpetual incompleteness“ (1996: 17).

Das politische Projekt vom *Strukturwandel* im Mitteldeutschen Revier operiert nun in genau dieser Leerstelle, macht sich diesen *space of the gap* zu eigen. Wie genau wird deutlich, schaut man sich die Entstehungsgeschichte des *Strukturwandels* an.

Strukturwandel-Versprechen I: 2038 und 40 Milliarden Euro

Im Juli 2020 verabschiedete der Deutsche Bundestag das Kohleausstiegs- und das Strukturstärkungsgesetz. Ein schrittweiser Ausstieg aus der Braunkohleverstromung bis spätestens 2038 wurde ebenso beschlossen wie die Bereitstellung von Mitteln für den *Strukturwandel* in Höhe von grob 40 Milliarden Euro, aufgeteilt zwischen Bund und Kohle-Ländern. Im Kern folgte der Bundestag damit dem Versprechen vom *Strukturwandel*, wie es seit Januar 2019 kommuniziert wurde. Zu diesem Zeitpunkt veröffentlichte die von der damaligen Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD eingesetzte „Kommission Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung“ ihren Abschlussbericht, und damit auch die beiden Kernversprechen 2038 und 40 Milliarden Euro. Die Bundespolitik hatte sich zuvor bereits auf ein Ende der Braun-

kohle geeinigt, doch die Rahmenbedingungen blieben ungeklärt. Schließlich verlagerte man diese Fragen in eine 28-köpfige Kommission. Diese „Kohlekommission“ tagte ein knappes halbes Jahr lang und war zwar nicht demokratisch gewählt, dafür aber ausgestattet mit dem Ziel, einen Konsens über den Weg zum Braunkohleausstieg zu finden. Das gelang, dem Abschlussbericht stimmten 27 der 28 Mitglieder zu. Die Bundespolitik bekam einen maßgeschneiderten Ausstiegspfad, sorgfältig ausgearbeitet von Expertinnen und Experten, befreit von politischen Grabenkämpfen.

Statt parteipolitischen Geplänkel gab es Expertise und Konsens, die Kommission lieferte, was von ihr erwartet wurde. Doch diese Effektivität hatte durchaus ihren Preis. Konsens und Expertise dem politischen Streit vorzuziehen, diesen auszuklammern, hat den demokratischen Gesetzgebungsprozess nicht gerade gestärkt. Mit der Veröffentlichung des Abschlussberichts enterten die Strukturwandel-Versprechen von 40 Milliarden und dem Zeithorizont 2038 die politische Realität. Ein- einhalb Jahre später, im Juli 2020, wäre es dem Bundestag zwar theoretisch möglich gewesen, die Empfehlungen der Kommission zu ignorieren. Doch längst hat man in den deutschen Braunkohlerevieren Stellung bezogen, hat das Versprechen einer nachhaltigen Transformation gehört. Die politische Entscheidungsmacht wurde dem Bundestag entzogen.

Strukturwandel-Versprechen II: Bürgerbeteiligung

Doch wird dieses weniger an Demokratie vielleicht an anderer Stelle durch mehr Demokratie kompensiert? Der *Strukturwandel*, so hört man es wieder und wieder, könne nur *mit den Menschen im Revier* gestaltet werden. Auch das soll eine Lehre sein aus der passiven Rolle und dem daraus resultierenden Ohnmachtsgefühl vieler Menschen in den Jahren nach der Wiedervereinigung. Und so produziert der *Strukturwandel* Beteiligungsformate aller Art. In Zukunftswerkstätten und Bürgerdialogen sollen nicht etwa Experten, sondern normale Bürger und deren Wünsche zur Sprache kommen. Wieder gilt: Keine Parteipolitik, keine Fundamentalopposition. Stattdessen, lokale Antworten auf die Frage, wie sich die Kohle-milliarden (genug Geld) und der Horizont 2038 (genug Zeit) in die Praxis überführen lassen. Geplant, durchgeführt und zu Teilen auch ausgewertet werden diese Formate von Kommunikationsagenturen. Übersetzt werden die Ergebnisse dann in Entwicklungs- oder Masterpläne. Auf dutzenden Seiten werden dort Strategien, Hoffnungen, Ziele und Potentiale für die *Strukturwandel*-Zukunft im Revier gebündelt.

Das Ergebnis sind dutzende Seiten, auf welchen kleine Projekte ebenso vermerkt sind wie große Visionen für die Region. Erneut sehen wir eine sehr effektive Form des Regierens: Die Ergebnisse dieser Beteiligungsformate sind so umfassend, dass sich in Zukunft viele Ansiedlungen, Investitionen und positive Entwicklungen in der Region zwangsläufig in den Dokumenten wiederfinden werden. Eingangs

steht das Versprechen, den *Strukturwandel* mit den Bürgerinnen und Bürgern zu gestalten. Am Ende stehen Dokumente, welche abstrakt genug sind, um positive Entwicklungen aller Couleur auf den Strukturwandel zu münzen. Doch wiederum hat dieser Prozess seinen Preis. Es gibt demokratische Prozesse, auch auf Ebene der Kreise und Kommunen. Auch hier müht sich Politik und Verwaltung darum, mit den eigenen Nöten und Ideen am Strukturwandel-Prozess teilzuhaben. Wenn man so will, existiert bereits ein institutionalisierter Prozess der Beteiligung am landes- und bundespolitischen Projekt Strukturwandel. Zuweilen schaffen die Ergebnisse, und die Hoffnung auf Umsetzung dieser, doppelte Strukturen und notwendigerweise im Sande verlaufende Bemühungen. Was bleibt, ist das an anderer Stelle gemachte Versprechen von mehr Beteiligung, doch beim Einlösen des Versprechens warten die Fallstricke.

Vom Vertrauen in demokratische Prozesse

Der Strukturwandel ist eine tolle Sache, wie könnte man dagegen sein? Bereits 2016 haben die sachsen-anhaltinischen Koalitionspartner CDU, SPD und Bündnis90/Die Grünen das Ende der Braunkohleverstromung im Land auf 2035 taxiert. Der zwei Jahre später angestoßene Strukturwandelprozess auf Bundesebene rüttelt kaum an diesem Zeithorizont – das Kraftwerk Schkopau soll nun Ende 2034 vom Netz gehen, das Strukturstärkungsgesetz läuft bis 2038. Für die Bewältigung dieses Dekarbonisierungsvorhabens stehen dem Mitteldeutschen Revier, wie den beiden anderen Braunkohlerevieren, nun Finanzhilfen zur Verfügung. Ein Ausstieg aus der Braunkohle tut aus klimapolitischer Sicht

not, und zugleich eröffnet der *Strukturwandel* die Möglichkeit, das zerrüttete Verhältnis zwischen ostdeutscher Vergangenheit und Zukunft neu auszurichten.

Doch der *Strukturwandel* hat sich nicht im Streit der Ideen durchgesetzt. Der Prozess ist demokratisch legitimiert, aber sein inhaltlicher Kern ist außerhalb demokratischer Prozesse entstanden. Der *Strukturwandel* entzieht sich dem Streit und der Opposition, die Politik des *Strukturwandels* findet in einer Leerstelle statt. Nehmen wir die sozialen Eigenheiten von Energie- und Ressourcenwenden jedoch ernst, so erkennen wir größere politische Fragen. Beim *Strukturwandel* geht es, unter anderem, um Industrie- und Subventionspolitik, um Klima- und Umweltschutz, um die Zukunft der Energieversorgung, um Fragen von Wachstum und Nachhaltigkeit, um neue Gesellschaftsbilder und das Ideal vom guten Leben. Wie kann eine pluralistische Gesellschaft solche Fragen ohne Streit beantworten?

Ein *Strukturwandel*, die Suche nach der postfossilen Industrie und Gesellschaft, kann nicht ohne Streit auskommen, und Streit sollte nicht als Gefahr für diesen Prozess verstanden werden. Wird die Möglichkeit zur Opposition evakuiert und ausgeklammert, so strahlt das auch ein gewisses Misstrauen gegenüber der Demokratie selbst aus. Oder, anders ausgedrückt: Was bedeutet es für demokratische Wahlen, wenn die „echte“ Bürgerbeteiligung nun in Zukunftswerkstätten stattfinden sollen?

Natürlich ist diese Form der Politik in der Leerstelle auch eine Reaktion auf die politische Realität im Mitteldeutschen Revier. Demokratieskeptische bis -feindliche Parteien konnten in den letzten Jahren auf gute Ergebnisse hoffen.

Die politische Mitte ist zuweilen ein bisschen schmaler als beispielsweise im Rheinischen Revier. Hier geht es auch um begründete Ängste mancher *Strukturwandel*-Akteur:innen, Fundamentalopposition könnte die Erfolgchancen dieser post-fossilen Transformation gefährden. Doch Politik auf der Basis von Konsens und Expertise, das Versprechen von „echter“ Bürgerbeteiligung und die Suche nach den Wünschen von „normalen“ Menschen kann auch den Eindruck von einer defizitären Demokratie vermitteln, welcher man mit neuen Formaten entgegenreten muss. Zugleich sind auch die Versprechen von genug Zeit, genug Geld und „echter“ Beteiligung nicht sattelfest. Von den 40 Milliarden sind 4,8 Milliarden für Sachsen-Anhalt vorgesehen. Ist das, bis 2038, genug Geld für all die Vorhaben? Der Zeithorizont 2038 wackelt ja ebenso, längst ist mit 2030 einer neuer Ausstiegstermin im Gespräch. Und bei den Beteiligungsformaten stellt sich die Frage, wie viele der zusammengetragenen Wünsche wirklich umgesetzt werden können.

Diese Punkte sollen nicht über die positiven Aspekte dieser *Strukturwandel*politik hinwegtäuschen. Die Kohlekommission hat in kürzester Zeit einen beeindruckenden Konsens erzielt, welcher die Interessen von Klimapolitik und den Kohleregionen gleichermaßen in den Blick nimmt. Ein Kompromiss, der unter ständigem Feuer steht, aber noch hält. Zugleich haben manche der neuen Beteiligungsformate es geschafft, ein ehrliches, offenes und dennoch optimistisches Denken über die Zukunft des Mitteldeutschen Reviers zu fördern. Ziel dieses Beitrags war es daher nicht, diese Aspekte zu ignorieren, sondern stattdessen zu argumentieren: Der *Strukturwandel* operiert in einem

politischen Vakuum, einer Leerstelle. Dieser Umstand hat durchaus für ein effektives Regieren gesorgt, birgt jedoch auch Gefahren. Das Versprechen von mehr Beteiligung kann auch weniger Beteiligung bedeuten. Der *Strukturwandel* braucht das Vertrauen in demokratische Prozesse, Opposition und Widerspruch inklusive.

Referenz

Stewart, K. (1996): *A Space on the Side of the Road: Cultural Poetics in an "Other" America*. Princeton: University Press.

Implementing the New European Bauhaus

Jakob Busse von Colbe

Die innovationsorientierte Planung mit Projekten boomt – und das nicht nur auf der Ebene der Städte und Regionen, wo seit der Mitte der 1980er Jahre eine quantitative Zunahme von außeralltäglichen Projekt-, Modell-, Labor-, Experimentierformaten zu beobachten ist, sondern auch in der Europäischen Kommission. Die projektförmige „Operationalisierung“ des „Anspruchs einer ‘nachhaltigen Entwicklung‘“ (Peters 2004: 9) ist längst „Bestandteil deutscher Planungskultur“ (Hohn et al. 2014: 6). Meist haben die Formate zum Ziel mithilfe neuer Kooperationsformen „verkrustete Strukturen auf[z]ubrechen, neue Denkweisen an[z]uregen und private sowie öffentliche Akteur/innen für ein gemeinsames Vorhaben [zu] mobilisieren, kurz: Innovationen [zu] organisieren. Und man will die Realisierung des Geplanten sicherstellen“ (Siebel 2015: 259).

Um auch die „Realisierung des [g]eplanten“ (ebd.), klimaneutralen Europa bis 2050³ sicherzustellen, kommen Experimentierformate, die auf komplexen Governance-Arrangements beruhen, nun auch auf supranationaler Ebene zur Anwendung – wie das Neue Europäische Bauhaus (NEB) zeigt. Nicht verwunderlich ist dieser neue Vorstoß, ruft man sich die eher pessimistischen Perspektiven des 6. IPCC Sachstandsberichts⁴ ins Gedächtnis. Nicht nur

der IPCC-Bericht, auch „rechnerisch“ legen neuere makro-ökonomische Kalkulationen (bspw. Wolf et al. 2021) nahe, dass die Ziele des Europäischen Green Deals (EGD) nicht allein mit regulatorischen Anpassungen und nachhaltigen Investitionen in den öffentlichen und privaten Sektor erfüllbar seien. Vielmehr noch sei ein nachhaltiger und gerechter Entwicklungspfad nicht ohne einen umfassenden Wandel politischer Alltagsroutinen, Praktiken und gesellschaftlicher Konventionen denkbar (ebd.).

In der Rede der EU-Kommissionspräsidentin zur Lage der Union 2020 wurde das NEB erstmals erwähnt und mit der notwendigen Beschleunigung der Implementierung der Zielsetzungen des EGD („[...] we need to faster, and do things better“ (von der Leyen, 2020)), der EU-Renovierungswelle und der Verschränkung des klimaneutralen Umbaus der gebauten Umwelt mit einer neuen Ästhetik „to match style with sustainability“ (von der Leyen, 2020), verknüpft. Auf Basis des NEBs sollen Projekte entwickelt werden, die Ziele auf dem Niveau gesellschaftlicher Visionen (bspw. Klimaneutralität) adressieren und am repräsentativen Einzelfall exemplarisch verdeutlichen, wie der Green Deal in einem bestimmten räumlichen Ausschnitt Gestalt annehmen kann. Das konkrete Projekt mit einem möglichst innovativem Vorbildcharakter tritt somit an die Stelle abstrakter Programmstrukturen. Globale Problemstellungen sollen durch die Bündelung von territorialen verfügbaren Ressourcen und durch die Förderung lokaler Innovationen bearbeitbar gemacht (OECD, 2009). Die Art und Weise, wie das NEB strukturell und prozessual in die Aktivitäten der Kommission eingebettet

³ Das Ziel der Europäischen Klimaneutralität bis 2050 ist wiederum eine Abstraktion des Ziels die Erderwärmung auf 1,5 °C zu begrenzen.

⁴ Insbesondere, die Erkenntnis, dass nur im optimistischsten Szenario die Erderwärmung „more likely than not“ auf 1,5 °C begrenzt werden kann.

ist, weist einige Besonderheiten und qualitative Neuerungen im Vergleich zu anderen Instrumenten und Initiativen innerhalb der Kommission auf.

Neben der beschriebenen projektförmigen Operationalisierung des EGD, in der auf skalierbare Projekte gesetzt wird, soll zusätzlich, mithilfe des NEBs, die Modernisierung der Kooperationsformen der EU-Generaldirektionen untereinander betrieben werden. Es wird eine Form der doppelten Modernisierung betrieben: Die „Modernisierung des Staates [EU] wie als durch den Staat [auf Ebene der Projektimplementierung]“ (Hesse und Benz 1990 in Kilper 1999: 2). Neue Kooperationsformen und Governance-Modelle werden mit dem Ziel ausgetestet die Kongruenz der politischen Instrumente untereinander zu fördern und damit auf eine verbesserte Umsetzung der entsprechenden EU-Politiken hinzuwirken. Bezogen auf diese „Implementation Gap“ beschreibt die Kommissarin für Kohäsion und Reformen, Elisa Ferreira, die Ziele des NEBs wie folgt: „If we want to bring real change around us – for a more beautiful, sustainable life together, we need to think about how the New European Bauhaus can bridge the generation of new ideas with implementation in physical places. We are therefore exploring across the Commission how our tools could be mobilised to launch a first set of concrete New European Bauhaus actions“ (European Commission 2021). Es scheint als bestünde eine hohe Diskrepanz zwischen den Erwartungen, die mit dem Design bestimmter Politiken in der EU-Kommission verbunden sind und den schlussendlich umgesetzten Projekten.

Interessanterweise scheinen vermehrt Elemente der originär in der Raumplanung und -entwicklung verorteten „Formate der Innovation“ (Hohn et al. 2014: 1) auf die aktuellen Formen der Zusammenarbeit innerhalb des NEBs übertragen worden zu sein, um das Implementierungsdefizit zu adressieren. So lassen sich Elemente wie die Bildung einer Sonderorganisationseinheit, in Verbindung mit der Bildung eines fachlichen Beiratsgremiums, intersektoralen Finanzierungsinstrumenten, einer übergeordneten Vision, eine Art Außeralltäglichkeit sowie Kooperations- und Wettbewerbsmodi identifizieren. Inwiefern dieser neue Modus Operandi tatsächlich zu der Umsetzung der Ziele des Green Deal beitragen kann ist offen und sollte näher betrachtet werden.

Bisher haben sich nur vereinzelt Autor/innen ⁵der Beforschung des NEBs gewidmet. Deutlich wird zunächst einmal, dass es bisher noch keine Einigkeit darüber gibt, was genau das NEB ist. Manche sehen es als weiteres Förderinstrument, als eine Bewegung, als Leitlinie für eine nachhaltige Entwicklung, andere fokussierten den Plattform-Aspekt, der Wirkungen gerade dadurch erzeugt, dass über die klassischen projektförmigen Strukturen hinaus zu Wissenstransfer und Kooperationen angeregt wird. Damit käme dem NEB eher die Funktion eines Inkubators zu. Eine eigenständige Entität im Sinne eines Strukturfonds ist das NEB jedenfalls (noch) nicht. Auffallend sind aktuell die vielen unterschiedlichen Sub-Formate, die in unterschiedlichen skalaren Zusammenhängen⁶ und Sites initiiert wurden.

5 Bspw. Monteiro et al. (2022), oder Rosado-García et al. (2021).

6 Übersetzung des Begriffs „Scale“ wie bei Manfield (2011, S. 468).

Es wurden „Lighthouses“ ausgelobt (finanziert durch Horizon Europe), „NEB Prizes“ an Micro-Projekte vergeben (finanziert durch DG Regio); ein NEB-Festival in Brüssel veranstaltet mit hybriden, assoziierten Veranstaltungen an hunderten Orten in Europa (in Kooperation von DG Regio und DG RTD); Regionale Netzwerke wurden gebildet; ein vorrangig digitales „NEB Lab“ wurde als Ort der Ko-Kreation initiiert. Dies sind nur einige der bisherigen Aktivitäten die mit dem NEB assoziiert werden. Festhalten lässt sich, dass in unterschiedlichen Zusammenhängen, wie innerhalb der Kommission, dem EU-Parlament, aber auch an den Orten der Umsetzung um die strukturelle Einbettung und inhaltliche Ausrichtung gerungen wird – auch in Sachsen-Anhalt. Dieses inkrementelle Vorgehen hat zur Folge, dass eine gewisse Unübersichtlichkeit in Bezug auf die Aktivitäten des NEBs entsteht, die einer Sortierung bedürfen. Ohne einen Anspruch auf Vollständigkeit und ausreichende empirische Belege möchte ich drei Vorgänge herausstellen, die weiter zu beobachten es sich lohnt:

1. Die EU-Kommission scheint Konstruktionsmechanismen des format-orientierten und originär regional angelegten Planungsansatzes als Teil der eigenen Place-Based-Strategie zu übernehmen, um der „Implementation-Gap“, der Diskrepanz zwischen langfristigen Zielen des EGD und der Implementierung ebendieser, zu begegnen.

2. Das Narrativ des NEBs und neue Formen der Ansprache (von Akteur/innen unterschiedlicher disziplinärer Hintergründe) deuten auf einen Paradigmenwechsels in Bezug auf das politische Steuerungsverständnis der EU-Kommission hin.

3. Die Wirksamkeit von EU-Politiken wird weniger durch Neuerungen im institutionellen Design gefördert, sondern zunehmend durch veränderte politische Narrative und Praktiken, wie bspw. die des „scalings“ (Everts und Müller 2020, Gualini 2006), die sich durch flexible, projektförmige und ad hoc Formen der Kooperation in experimentellen und schwach institutionalisierten Arenen auszeichnen.

Die bestehenden Handlungszusammenhänge des NEBs zu sortieren und die skalaren Effekte exemplarisch an einem Beispiel zu beschreiben, ist Ziel meines Forschungsprojektes. Im Zentrum der empirischen Untersuchung steht das ZEKIWA-Areal in der Stadt Zeitz, in dem als Erprobungs- und Vollzugszusammenhang des Strukturwandels in Sachsen-Anhalt, des Neuen Europäischen Bauhauses und der Nachhaltigkeitstransformation unterschiedliche planerischer Rationalitäten und skalare Praktiken überschneiden. Die explorative „Multi-Sited“-Studie⁷ (angelehnt an Marcus, 1995) soll Erkenntnisse darüber erbringen, entlang welcher politischen und skalaren Praktiken sich das NEB konstituiert und inwiefern unterschiedliche Bezugnahmen der Akteur/innen auf- und untereinander, im Sinne eines „rescalings“ (u.a. Gualini 2006, oder Everts und Müller 2020), zu innovativen Momenten in der Stadtentwicklung führen und im gleichen Zuge die diagnostizierte „Implementation Gap“ reduzieren – oder auch nicht.

⁷ Eine Methode, die insbesondere bei wenig erforschten Praktiken o.ä., angewandt wird.

Referenzen

- European Commission (2021): New European Bauhaus: Commission Launches Design Phase. Text. European Commission. URL: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_21_111. Letzter Zugriff am 21.11.2022.
- Everts, J. & Müller, K. (2020): Risksapes, Politics of Scaling and Climate Change: Towards the Post-Carbon Society? *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society* 13(2), 253–66. <https://doi.org/10.1093/cjres/rsaa007>.
- Gualini, E. (2006): The Rescaling of Governance in Europe: New Spatial and Institutional Rationales. *European Planning Studies* 14(7), 881–904. <https://doi.org/10.1080/09654310500496255>.
- Hesse, J. J. & Benz, A. (1990). *Die Modernisierung der Staatsorganisation: Institutionspolitik im internationalen Vergleich: USA, Grossbritannien, Frankreich, Bundesrepublik Deutschland*. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos.
- Hohn, U., Kemming, H. & Reimer, M. (2014): „Formate der Innovation“ - Innovation durch Formate? In: Hohn et al. (Hrsg.): *Formate der Innovation in der Stadt- und Regionalentwicklung. Reflexionen aus Planungstheorie und Planungspraxis*. Detmold: Rohn, 1–20.
- IPCC (2007): Summary for Policymakers. In: *Climate Change 2007: The Physical Science Basis. Contribution of Working Group I to the Fourth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*. Cambridge, UK & New York, USA: Cambridge University Press.
- Kilper, H. (1999): *Die Internationale Bauausstellung Emscher Park*. Opladen: Leske und Budrich.
- von der Leyen, U. (2020): State of the Union Address 2020. European Commission, 15. September 2020. URL: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/ov/SPEECH_21_4701. Letzter Zugriff am 27.04.2023.
- Mansfield, B. (2001): Thinking through scale: the role of state governance in globalizing North Pacific fisheries. *Environment and Planning A*(33), 1807–27.
- Mansfield, B. (2005): Beyond rescaling: reintegrating the ‘national’ as a dimension of scalar relations. *Progress in Human Geography* 29, 458–73
- Marcus, G. E. (1995): Ethnography in/of the World System: The Emergence of Multi-Sited Ethnography. *Annual Review of Anthropology* 24(1), 95–117.
- Monteiro, R., Giesteira, B., Boddington, A. & Farinha, C. (2022): On the Importance of an Enlarged ‘Design for Policy’ Framework within the Public Policy Cycle. Faculty of Fine Arts: University of Porto. https://doi.org/10.1007/978-98-96-14-000-0_10

org/10.21606/drs.2022.817.

OECD (2009): OECD Regions at a Glance 2009. Paris: OECD Publishing. https://doi.org/10.1787/reg_glance-2009-en.

Peters, D. (2004). Zum Stand der Planungstheorie. In: Altrock, U. & Peters, D. (Hrsg.): *Perspektiven der Planungstheorie*. Berlin: Reihe Planungsrundschau 10, 5–20.

Rosado-García, M. J., Kubus, R., Argüelles-Bustillo, R. & García-García, M. J. (2021): A New European Bauhaus for a Culture of Transversality and Sustainability. *Sustainability*, 13(21), 11844. <https://doi.org/10.3390/su132111844>.

Siebel, W. (2015): *Die Kultur der Stadt*. Originalausgabe, Erste Auflage. Berlin: Suhrkamp.

Wolf, S., Teitge, J., Mielke, J., Schütze, F. & Jaeger, C. (2021): The European Green Deal — More Than Climate Neutrality. *Intereconomics* 56(2), 99–107. <https://doi.org/10.1007/s10272-021-0963-z>.

Alltag zwischen Chemie und Deponie. Zur Unbequemlichkeit des Unlöslichen

Janine Hauer

Der folgende Beitrag gibt Einblicke in ein im Werden begriffenes Forschungsprojekt. Dieses Projekt ist am Zentrum für Interdisziplinäre Regionalstudien angesiedelt. Dort werden gegenwärtig eine Reihe von Projekten versammelt, die sich unter den Schlagwörtern Ressourcen, Strukturwandel, Energie und post-extraktiver Zukunft zusammenfassen lassen⁸. Im Mittelpunkt dieser Forschungen steht, kurz gesagt, ein sich wandelndes Verständnis von Mensch-Umwelt-Beziehungen im Lichte globaler Klimaveränderungen und damit einhergehender Forderungen nach Nachhaltigkeit und der Abkehr von einer ökonomischen Wachstumsideologie. Als Sozialwissenschaftler*innen unterschiedlicher Disziplinen betrachten wir sowohl die sozialen, politischen, rechtlichen, ökologischen sowie infrastrukturellen Rahmenbedingungen als auch die konkreten gelebten Erfahrungen, die sie hervorbringen. Mitteldeutschland ist dabei Dreh- und Angelpunkt einer Forschungsperspektive, die sich gleichermaßen als engagiert und analytisch versteht.

Mit Blick auf die Region Mitteldeutschland können zwei rezente Entwicklungen als für den Wandel maßgeblich herausgestellt werden. Erstens stellt der Beschluss der Bundesregierung zum Kohleausstieg bis spätestens 2038 sowie der politisch und zivilgesellschaftlich

propagierte Ausstieg aus fossilen Energieträgern zugunsten des Klimaschutzes die energieintensiven Industrien Mitteldeutschlands, insbesondere die chemische Industrie, vor große Herausforderungen. Zweitens erzeugten nicht zuletzt der russische Angriffskrieg in der Ukraine seit Februar 2022 und die daraus resultierenden geopolitischen Konflikte und Spannungen eine erhöhte Sensibilität für globale Abhängigkeiten in Bezug auf Rohstoffe, von denen die technischen Antworten auf die zuvor skizzierten Herausforderungen maßgeblich abhängen.

Vor diesem Hintergrund nähert sich das Forschungsprojekt „Alltag zwischen Chemie und Deponie“ dem Titel folgend der gegenwärtigen industriellen Transformation Mitteldeutschlands von zwei Seiten her.

Erstens fokussiert es die Chemieindustrie selbst. Deren Entstehung und Konsolidierung ist auf engste mit der Extraktion regional verfügbarer Ressourcen verknüpft. Der Abbau und Umsatz von Rohstoffen wie Salz und Kohle haben den Wohlstand und Niedergang ganzer Ortschaften und Landstriche begründet und tun dies bis heute. Zugleich waren und sind Ressourcenextraktion und -weiterverarbeitung Treiber kontinuierlicher Kontamination, der mit einer Reihe von Maßnahmen der Regulierung und des Verwaltens entgegengewirkt werden soll. Durch Extraktion entstehende Leerräume werden mit den Nebenprodukten und Abfällen der industriellen Moderne gefüllt. Selten geschieht dies direkt. Vielmehr handelt es sich um einen räumlich wie zeitlich entkoppelten, aber dennoch systemischen Zusammenhang. Ein erneuertes Bewusstsein für die globalen Verflechtungen und Auswirkun-

⁸ <https://www.zirs.uni-halle.de/forschung/> [letzter Zugriff 26. April 2023]

gen menschlicher Aktivität auf das empfindliche Gleichgewicht des Ökosystems Erde und seiner Subsysteme (Rockström et al. 2009) sowie die vorherrschende Unsicherheit bei der Bestimmung von Belastungsgrenzen (Persson et al. 2022) schlagen sich in politischen Absichtserklärungen und Programmen zu deren Umsetzung nieder. In dieser Gemengelage (re-)agiert die Industrie mit Innovation und Anpassung und erfindet sich selbst neu. Hier setzt das Forschungsprojekt an und fragt danach, wie Deutschlands drittgrößter Industriezweig die post-fossile Wende aufgreift, umsetzt und vorantreibt, wie dabei welches Wissen mobilisiert und generiert wird und wie dieses Wissen letztlich die Verfahren und Abläufe, Infrastrukturen und Organisation der chemischen Produktion und Verarbeitung rekonfiguriert. Besonderes Augenmerk gilt dabei den temporären und temporalen Verbindungen, die diese Prozesse (mit)bestimmen. Ich frage, ob und wie die massiven Herausforderungen, vor die das (toxische) Erbe der industriellen Vergangenheit und Gegenwart uns heute stellt, Lektionen für zukünftige Transformationen bereithalten und von wem und wie diese Lektionen mit welchen Effekten eingebracht werden.

Zweitens nimmt das Forschungsprojekt daher den gegenwärtigen Umgang mit den Hinterlassenschaften der industriellen Moderne selbst in den Blick⁹. In Mitteldeutschland werden ober- wie unterirdische Ab- und Bergbaulandschaften zunehmend als Auffangbecken und dauerhafte Verschlusseinrichtung für (toxische) Abfälle imaginiert und transformiert

⁹ Ich danke Philipp Baum für seine Hinweise zu den Aktivitäten der Bürgerinitiativen sowie die Herstellung initialer Kontakte, die diesen Forschungsstrang ermöglichen haben.

(Kearnes und Rickards 2017). Ich frage nach den komplexen Entscheidungs- und Verwaltungsprozessen, die den Umgang mit diesen gleichermaßen unlöslichen und unlösbaren Problemen prägen sowie nach dem Nicht/Wissen unterschiedlicher Akteursgruppen und Instanzen, die an ihnen beteiligt sind. Diese Forschung stützt sich insbesondere auf die Zusammenarbeit mit einem Netzwerk von Bürger*inneninitiativen¹⁰, die sich gemeinsam gegen Deponien, Endlager und Giftmüll engagieren. Dass Deponien, Endlager und Giftmüll heute und in Zukunft unausweichliche Hyperobjekte modernen Lebens (Morton 2013) darstellen, wissen auch die Akteur*innen. Ihr Widerstand richtet sich daher nicht grundsätzlich gegen jede Art der mehr oder weniger dauerhaften Verbringung industrieller Lasten in über- und untertägigen Lagerstätten. Vielmehr warnen Sie vor den aus Ihrer Sicht ausufernden und unregulierten Dimensionen in Bezug auf Anzahl und Kapazität in der Planung befindlicher Anlagen und Lagerungsstätten. In dem Szenario, dem das Netzwerk entgegentritt, avanciert Sachsen-Anhalt zu einem Müllimportland für Abfälle und Schadstoffe aus ganz Europa. Dabei werden die Lebensqualität und Gesundheit der Gemeinschaft den wirtschaftlichen Interessen Einzelner geopfert. Im Mittelpunkt der Aktivitäten stehen daher der Austausch von Information sowie die Koordination von Aktionen nicht zuletzt um die Reichweite – in Politik, Verwaltung, sowie eine breite Öffentlichkeit hinein – zu erhöhen. So ist es den Initiativen beispiels-

¹⁰ Diesen Projektteil verfolge ich teilweise gemeinsam mit Philipp Baum als studentischem Mitarbeiter, wobei wir unterschiedlich gelagerte thematische Schwerpunkte setzen.

weise gelungen, einen „Runden Tisch“ mit Vertreter*innen aus Kommunal- und Landespolitik zu etablieren. Hier wird (wiederholt) diskutiert, was politische Entscheidungen wie das Kreislaufwirtschaftsgesetz, die Privatisierung des Entsorgungssektors, sowie das Fehlen eines rechtssicheren Abfallwirtschaftsplans des Landes für die Menschen in Sachsen-Anhalt bedeuten.

Seit dem Runden Tisch im Juli 2022 befinde ich mich nun im Gespräch mit den Bürger*inneninitiativen, um einerseits die einzelnen Falllagen zu erfassen und andererseits eine über diese Fälle hinausgehende Perspektive auf den Umgang mit dem unlöslichen Erbe der industriellen Moderne zu entwickeln. Diese Zielstellungen führen mich in unterschiedliche Foren: in Landtagsausschüsse und Landesämter, zu Netzwerktreffen und auf Demonstrationen. So erhalte ich Einblicke in Entscheidungs- und Regulierungsprozesse, deren inhaltliche und formale Komponenten sowie die Rolle(n) und Position(en) unterschiedlicher Expertisen. Zugleich folge ich den Schilderungen derer, die sich seit Jahren bemühen, das komplizierte System verteilter Verantwortlichkeiten zu verstehen, zu navigieren und ihrem Anliegen zu eigen zu machen.

Das folgende Beispiel illustriert ausschnitthaft einige der analytischen Stränge, die dabei zutage gefördert werden.

An der Bundesstraße 100 zwischen Halle und Bitterfeld liegt etwa auf halber Strecke der kleine Ort Roitzsch. Dort, wo die Straße nach Roitzsch senkrecht von der B100 abzweigt, liegt gegenüber der Einmündung das Gelände eines örtlichen Entsorgers, der seit 2015 eine Deponie der Klasse II („Hausmülldeponie“)

betreibt und aktuell die Errichtung einer Hochmülldeponie der Klassen I und 0 („Bauschutt und Abfall mit geringem organischen Anteil“) vorantreibt. Bereits seit 2009 engagiert sich eine Bürgerinitiative insbesondere gegen den Ausbau der Deponie. Im Mittelpunkt der Kritik stehen nach Ansicht der Bürger*inneninitiative fahrlässige Vergabe- und Prüfverfahren. Demnach beruhen die zur Errichtung einer Deponie notwendigen Kenntnisse über Bodenbeschaffenheit und -stabilität in Roitzsch auf angenommenen Voraussetzungen, die weder vorhanden noch gegeben seien. Das Gelände, so erläutert der Vorsitzende der Initiative in einem Gespräch, sei auf einem ehemaligen, bereits verfüllten Bergbaugelände entstanden. Bereits zu DDR-Zeiten sei verfügt worden, dass dieses Gelände lediglich landwirtschaftlich weiter genutzt werden könne. Für andere Nutzungsformen sei der Untergrund zu instabil. Diese Verfügung sei jedoch nicht mehr auffindbar und wäre neu und anders entschieden worden. Dieser Entscheidung traue man nicht. Dabei wisse niemand wirklich, was wo verfüllt worden sei. Dokumentationen existieren nicht beziehungsweise seien nicht auffindbar oder zugänglich. Dies mache den Untergrund gänzlich unberechenbar. Das Gelände könnte absacken. Auch wisse niemand welche Stoffe bereits im Boden seien und wie diese auf die nun eingebrachten Abfälle reagierten. Darüber hinaus sei für den Bergbau über Jahre Wasser zurückgehalten worden. Nach Ende des Bergbaus steige der Grundwasserspiegel nun aber wieder, ohne dass man sicher sagen könne auf welche Höhe. Dort wo das Wasser nach wie vor zurückgehalten werde, geschehe dies ohne Beteiligung von oder Absprache mit der

die Deponie betreibenden Firma. Falle diese Rückhaltung weg, sei es nicht auszuschließen, dass das Wasser bis auf den Grund der Deponie steige. Dies stelle eine nicht abschätzbare Gefahr für das Grundwasser dar. Die Wirksamkeit bestehender Abdichtungen sei schwer zu bestätigen und deren Lebensdauer eine große Unbekannte. Die Bundesstraße verlaufe hier über die einzig stabile natürliche Barriere, die es noch gäbe. ‚Alles andere war abgebagert und ist aufgefüllt worden. Stellen Sie sich all das Gewicht vor, das auf den Untergrund wirkt, wenn die Hochdeponie kommt. Niemand kann garantieren, dass die Straße hält.‘ Hinter der Straße liegen der Ort und eine Feriensiedlung an einem See.

Der von der Bürger*inneninitiative betonten Langzeitperspektive gegenüber, steht die stets zeitlich begrenzte Erfassung von Belastungen durch Unternehmen und Verwaltung. Betreiber*innen und Aufsehende verweisen unermüdlich auf die Notwendigkeit der Deponien, sowie die strikte Einhaltung gesetzlicher Vorgaben und Grenzwerte, und letztlich auf ihren Beitrag zum Gemeinwohl. Die von den Deponien ausgehenden Belastungen würden räumlich begrenzt und in jedem Moment auf das notwendige Minimum reduziert. Kontrollen wiesen dies nach. Dabei müsse stets bewertet werden, was mess- und nachweisbar sei. Spekulationen über mögliche zukünftige Ereignisse dürften nicht zur Grundlage gegenwärtiger Entscheidungen gemacht werden.

Was diese – ohne Zweifel vereinfachende – Gegenüberstellung unterstreicht, ist dies: Während systemische Komplexität längst den Kern wissenschaftlicher Forschungsbemühungen bildet, dominiert in Verwaltungs- und

Managementprozessen eine Logik der Simplifizierung: Abfälle werden als singuläre Komponenten verstanden und behandelt (Murphy 2017). Dieser bisweilen toxische Mechanismus der Vereinfachung resoniert mit einem zivilgesellschaftlichen Anspruch der Problemlösung an politische Akteur*innen. Auch die Bürger*inneninitiativen wünschen sich strikere Regulierungen, Kontrollen und Auflagen von Seiten der Volksvertreter*innen. In der Diskussion um die Deponien suggerieren Begriffe wie Begriffe Entsorgung, Abfallbeseitigung und Endlager eine finale Lösung. Chemisch betrachtet sind Deponien jedoch bestenfalls (Kurzzeit)Problemparkplätze. Langfristig lassen sie sich weder in ihrer Zusammensetzung noch in ihrer räumlichen Ausdehnung begrenzen, wie eine Reihe von Beispielen zeigen¹¹. Die Arbeit der Bürger*inneninitiativen setzt dem industriell proklamierten und politisch flankiertem Lösungsnarrativ daher den unbequemen Begriff der Ewigkeitslasten entgegen und legt damit beharrlich den Finger in die Wunden der Moderne. Die Sorgen der Anwohner*innen um etwaige Wechselwirkungen diverser Stoffe, sowie unvorhersagbare geologische Bewegungen dieser terra incognita entziehen sich nicht nur den Instrumenten der Verwaltung, sondern auch den zur Verfügung stehenden hydrogeologischen Modellen, wie aus den Ausführungen der Bürger*inneninitiative hervorgeht. Die Aktivität des Menschen in Bergbau und (chemischer) Industrie – die die Gruben als Deponien nutzte – hat die Basiswerte und Funktionen sogenannter natürlicher Prozesse

11 Einige eindruckliche Beispiele zeigt die MDR-Dokumentation „Wohin mit unserem Giftmüll?“, abrufbar unter <https://www.mdr.de/tv/programm/sendung883270.html> [letzter Zugriff 30.11.2022].

bereits grundlegend verändert (Landecker 2013; Neubauer und Landecker 2021). Indem sie die Kehrseite moderner Entwicklungen anprangert, lenkt die Arbeit der Bürger*inneninitiativen die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit eines besseren Verständnisses sich verändernder Bedingungen und Grundlagen jeglicher Mensch-Umwelt-Beziehungen. Damit deutet sie zugleich an, dass die in der gegenwärtigen Krise vielfach beschworenen technologischen Innovationen und Zukunftstechnologien den Boden der Tatsachen auf und mit dem wir leben re-definieren. Die Erfahrung des Lebens im chemischen Anthropozän (Arcuri und Hendlin 2019) und die von ihm ausgehende langsame Gewalt (Nixon 2011) müssen politisch und administrativ aufspürbeziehungsweise handhabbar gemacht werden. Hierfür spielt die Arbeit der Initiativen eine gewichtige Rolle, denn sie verweist beharrlich auf Lücken im System aus Regulierung und Verwaltung, indem sie beispielsweise die mangelhafte Ausstattung der zuständigen Instanzen herausstellt.

Welche Rolle spielt nun die sozial- und kulturanthropologische Forschung? Gemeinsam mit den Bürger*inneninitiativen lote ich zunächst Möglichkeiten aus, um die Langsamkeit des Feldes visuell aufzubereiten in dem Wunsch diese in eine breitere Öffentlichkeit hineinragen zu können. Anhand von Zeitkarten ließe sich beispielsweise veranschaulichen, wie sich Deponien in Raum und Zeit verteilen, wie sie an Orten der Extraktion entstehen, welche lokalen Effekte von ihnen ausgehen (z. B. Belästigungen durch Geruch während der Nacht oder durch Staub während des Tages). Solche Formate erfordern einerseits die Zu-

sammenarbeit mit anderen Disziplinen, hier konkret mit Geograph*innen und Designtheoretiker*innen. Andererseits überführen sie die zielorientierte Arbeit der Bürger*inneninitiativen – das Sammeln von Informationen, Daten, und Beweisen zur Verhinderung von Deponien – in ein öffentlich zugängliches Format, welches durch weitere Akteur*innen kommentierbar wird, sozusagen als ein Raum für öffentliche Kontroversen. Letztlich kann die Kultur- und Sozialanthropologie so die Rolle eines Vermittlers einnehmen und Räume schaffen in denen Reflexivität kollaborativ erzeugt wird, in denen sich also unterschiedliche Akteur*innen mit den jeweiligen Rahmen, Begriffen und Logiken Anderer konfrontieren und dadurch zumindest angeregt werden über den eignen Tellerrand hinauszublicken (Bieler et al. 2020) um damit einen Beitrag zu leisten weniger toxische Zukünfte zu gestalten.

Referenzen

- Arcuri, A. & Hendlin, Y. H. (2019): The Chemical Anthropocene: Glyphosate as a Case Study of Pesticide Exposures. *King's Law Journal* 30 (2), 234-253. DOI:10.1080/09615768.2019.1645436.
- Bieler, P., Bister, M. D., Hauer, J., Klausner, M., Niewöhner, J., Schmid, C. & von Peter S. (2021): Distributing Reflexivity through Co-laborative Ethnography. *Journal of Contemporary Ethnography* 50(1), 77–98. DOI: 10.1177/08912416209682.
- Kearnes, M. & Rickards, L. (2017): Earthly graves for environmental futures: Techno-burial

- practices. *Futures* 92, 48-58. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.futures.2016.12.003>.
- Landecker, H. (2013): Postindustrial metabolism: Fat knowledge. *Public Culture* 25 (3), 495-522.
- Morton, T. (2013): *Hyperobjects. Philosophy and Ecology after the End of the World*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Murphy, M. (2017): Alterlife and decolonial chemical relations. *Cultural anthropology* 32 (4), 494-503.
- Neubauer, C. & Landecker, H. (2021): A planetary health perspective on synthetic methionine. *The Lancet Planetary Health* 5 (8), 560-569. DOI: [https://doi.org/10.1016/S2542-5196\(21\)00138-8](https://doi.org/10.1016/S2542-5196(21)00138-8).
- Nixon, R. (2011): *Slow Violence and the Environmentalism of the Poor*. Cambridge, London: Harvard University Press.
- Persson, L., Carney Almroth, B. M., Collins, C. D., Cornell, S., de Wit, C. A., Diamond, M. L., Fantke, P., Hassellöv, M., MacLeod, M., Ryberg, M. W., Søgaard Jørgensen, P., Villarrubia-Gómez, P., Wang, Z. & Zwi-cky Hauschild, M. (2022): Outside the Safe Operating Space of the Planetary Boundary for Novel Entities. *Environmental Science & Technology* 56 (3), 1510-1521. DOI: [10.1021/acs.est.1c04158](https://doi.org/10.1021/acs.est.1c04158).
- Rockström, J., Steffen, W., Noone, K., Persson, Å., Chapin III, F. S., Lambin, E., Lenton, T., Scheffer, M., Folke, C. & Schellnhuber, H. J. (2009): Planetary Boundaries: Exploring the Safe Operating Space for Humanity. *Ecology and Society* 14 (2).

„Kein schöner Land in dieser Zeit“ Renaturierung der Bergbaufolgeland- schaften

Mareike Pampus

Der Titel meines Vortrags „kein schöner Land in dieser Zeit“ ist ein Zitat aus einem alten deutschen Volkslied. Es wurde Mitte des 18. Jahrhunderts geschrieben, ursprünglich unter dem Titel „Das Abendlied“. Im Laufe der Zeit wurde das Lied aber zunehmend unter seiner wiederkehrenden Zeile „kein schöner Land in dieser Zeit“ bekannt. Zur Verbreitung des Liedes hat besonders die Wandervogelbewegung Ende des 19. Jahrhunderts beigetragen. Die Wandervogelbewegung war eine Jugendbewegung, die sich zur Zeit der Hochindustrialisierung gegründet hat. Diese Industrialisierung beobachtend, hat sich die Gruppe als Gegenbewegung verstanden. Verankert in Idealen der Romantik ging es ihr vor allem darum, ein „zurück zur Natur“ als Gegenkraft zu entwickeln.

Warum erzähle ich all das? Wenn wir über postfossile Zukünfte nachdenken, wozu das Thema dieser Konferenz einlädt, müssen wir uns überlegen, wie unsere Zukunft aussehen soll und das beinhaltet auch wie unsere Landschaft und unsere Natur aussehen soll. Ein „zurück zur Natur“ finden wir ebenfalls in Diskussionen um postfossile Zukünfte mit dem Begriff der Renaturierung. Das Präfix *re* gibt hier an, dass etwas „wieder rückgängig gemacht, in den Ausgangszustand zurückge-

führt oder von Neuem hervorgerufen wird¹².“ Renaturierung ist also die Wiederherstellung der Natur, ein „zurück zur Natur“.

Dem Gedanken folgend, ist Renaturierung aktives Schaffen beziehungsweise „die Rückführung von Flächen in einen naturnahen Zustand¹³.“ Deutsche Bergbauunternehmen sind gesetzlich dazu verpflichtet, die Flächen wiederherzustellen. Doch wie lassen sich Landschaften restaurieren beziehungsweise Natur wiederherstellen? Welche Vorstellungen von Natur spielen dabei eine Rolle? Wer hat die Autorität darüber zu bestimmen? Und, um es mit den Worten der Ethnologin Anna Tsing zu sagen, wie können in den Ruinen eines geschädigten Planeten neue Lebenswelten entstehen (Tsing et. al. 2017)?

In Anbetracht unseres „geschädigten Planeten“ gewinnt der Begriff des Anthropozäns zunehmend an Relevanz, nicht mehr lediglich im (sozial-)wissenschaftlichen Diskurs, sondern auch in der medialen Aufmerksamkeit. Anna Tsing beschreibt das Anthropozän als „patchy“, also als flickenhaft, und zwar deswegen, weil es zwar um planetarische Gesundheit geht, die Lösungen dafür aber lokal und situiert gefunden werden müssen. Dieser Idee folgend ist der Startpunkt und der Fokus meiner Forschung eben diese ganz spezifische Landschaft, die Bergbaufolgelandschaft im Mitteldeutschen Revier und ihre Renaturierung.

Geschichtlich ist Deutschland einer der größten Braunkohle-Produzenten. Heute sind nach der Flächenstatistik für das Jahr 2021 rund 139.700 Hektar (1.397 km²) durch Berg-

¹² https://www.duden.de/rechtschreibung/re_.

¹³ <https://www.leag.de/de/geschaeftsfelder/bergbau/renaturierung/>.

baubetriebe, Steinbruch, Tagebau und Gruben belegt.¹⁴ Wenn wir uns den Südraum von Leipzig angucken sind bereits renaturierte Gebiete überwiegend zu künstlichen Seen geworden, die heute das Leipziger Neuseenland prägen. Die Methode der Flutung sogenannter Restlöcher gerät jedoch immer mehr in Kritik durch Wasserknappheit und sinkende Grundwasserspiegel. Da Restseen bislang häufig aus dem Abpumpen aktiver Tagebaue gespeist wurden, stellt sich die Frage, woher das Wasser in Zukunft kommt, wenn der aktive Tagebau gänzlich eingestellt wird.

Bei der Betrachtung dieser spezifischen Landschaft, auch wieder in Anlehnung an Anna Tsing, ist es wichtig, dass wir uns anschauen, wie verschiedene Spezies darin miteinander interagieren. Das Prozessuale der diversen Interaktionen schafft die spezifische Landschaft, während die Interaktionen gleichzeitig von der Landschaft geschaffen beziehungsweise bestimmt werden. Interspezies Interaktionen und Landschaft stehen also in einem dialektischem Verhältnis miteinander. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass für die Untersuchung der Renaturierung von Bergbaufolgelandschaften ein Fokus auf menschliche Praktiken und Interventionen nicht ausreicht, sondern auch nicht-menschliche oder mehr-als-menschliche Dinge und Akteur:innen mit betrachtet werden müssen.

Um wirklich eine Landschaft in den Mittelpunkt der Betrachtung zu stellen, nutze ich den Begriff der „Landscape Literacy“, der von Kate Brown (2019) geprägt wurde. Landscape

Literacy bedeutet die Lesbarkeit der Landschaft im Sinne einer „Alphabetisierung“, um Landschaften wirklich dicht beschreiben zu können. In der Lage zu sein, Landschaft zu lesen bzw. sie dicht zu beschreiben, verlangt, dass wir uns interdisziplinär miteinander austauschen. Denn um eine Landschaft wirklich zu verstehen und über eine einfache visuelle Beschreibung hinauszugehen, müssen wir ökologischen Zusammenhänge und auch sozialen Zusammenhänge begreifen, weil Landschaften komplex und Spezies eng verschränkt miteinander sind.

Mehr-als-menschlichen Geographien fokussieren sich oft auf die Untersuchung von Tieren im Raum, wie sie sich bewegen und was es für Beziehungen zwischen den verschiedenen Akteur:innen gibt. Ein populäres Beispiel ist der Wolf in Brandenburg, und Debatten darüber, ob dieser nun „gut“ oder „schlecht“ sei. In meiner Forschung betrachte ich nicht nur Tiere als relevante Akteur:innen, sondern auch Pflanzen und ihre Spezifik. Pflanzen neigen dazu in menschlicher Betrachtung oft in den Hintergrund zu rücken und als „Natur“, „Umwelt“ oder „Landschaft“ in einer großen Kategorie zu verschwimmen, ein Phänomen, das man in der Biologie „plant blindness“ (Wandersee und Schussler 1999) also Pflanzenblindheit nennt.

Meine Forschung betont, dass auch die verschiedenen Temporalitäten und Rhythmen, die bestimmte Pflanzen mitbringen, mitgedacht werden müssen. Wie Menschen diese Temporalitäten imaginieren und wie mit Pflanzen interagiert wird, spielt eine entscheidende Rolle bei der Renaturierung von Bergbaufolgelandschaften, insbesondere dann, wenn Vorstellungen und Realität in einem Spannungsverhältnis

14 <https://www.destatis.de/DE/Themen/Branchen-Unternehmen/Landwirtschaft-Forstwirtschaft-Fischerei/Flaechennutzung/Tabellen/bodenflaeche-insgesamt.html>.

stehen. Ein solches Spannungsverhältnis wird beispielsweise deutlich, wenn die „Natur nicht macht, was sie soll¹⁵.“ Nehmen wir beispielsweise Wiederaufforstungen und das Erstellen eines Waldentwicklungsplans – mit hoher Wahrscheinlichkeit werden einzelne Pflanzen andere Pläne haben bzw. sich anders entwickeln als es ein Waldentwicklungsplan vorsieht. Bei meiner Forschung treffe ich immer wieder auf Menschen, denen diese Spannung zwar klar ist, sie diese aber bewusst wegrationalisieren, um weiter handlungsfähig zu bleiben.

Meine Forschung ist bestrebt, diese Spannung wieder hervor zu holen und tiefgehender zu untersuchen. Meine Methoden besteht dabei vor allem aus teilnehmender Beobachtung und *go-along* Interviews (Kusenbach 2003). Dazu gehört beispielsweise die Mitwirkung bei naturwissenschaftlichen Methoden wie Zählungen oder die Begleitung von Aktivist:innen, die versuchen, Rote Liste Spezies zu finden, um mit Hilfe des Naturschutzes bestimmte Vorgehensweisen zu stoppen, aber auch Alltäglichkeiten wie die Begleitung von Anwohner:innen auf ihren Spaziergängen. Teil meiner Forschung sind ebenfalls Ausreiß- und Pflanzaktionen, Meetings auf politischer Ebene, NGOs etc. sowie offizielle Führungen durch den Tagebau. *Go-along* Interviews bedeuten, dass ich mit Menschen durch diese Bergbaufolgelandschaft laufe, teilweise auch durch aktiven Bergbau und durch unterschiedliche Formen der Renaturierung. Meine Interviewpartner:innen sind neben Anwohner:innen dabei häufig Naturwissenschaftler:innen aus der Chemie, Hydrologie, Biologie und Ornithologie. Während ich zu Beginn meiner Forschung annahm, dass beispiels-

15 Interview mit einem Förster, April 2022.

weise Biolog:innen eine der zu untersuchenden Gruppen sei, stellte ich im Laufe der Zeit fest, wie divers und spezialisiert das Fachwissen in jeder einzelnen dieser Disziplinen ist, sodass sich meine Informant:innen weiter unterteilen in bspw. Käfer-, Flechten-, oder Baumspezialist:innen. Ein entscheidender Punkt von *go-along* Interviews ist die Überzeugung, dass Gespräche *in situ* und an spezifischen Orten immer andere sind als beispielsweise an einem Schreibtisch, da wir beobachten können, wie Menschen mit und in der Landschaft agieren. Wo bleiben sie stehen? Nehmen sie vielleicht eine Probe mit? Machen sie ein Foto? Zeigen sie mir etwas Besonderes oder sind sie selber von etwas fasziniert? Erinnert sie die Landschaft an irgendwas? Erzählen sie mir plötzlich Dinge aus ihrer Kindheit, weil irgendwas in dieser Landschaft sie dazu anregt?

Historisch wie gegenwärtig, gibt es eine Reihe an Begegnungen zwischen Menschen, Pflanzen und Landschaft (Head und Atchison 2009). Ein kurzes illustratives Beispiel aus meiner Forschung ist hierfür der Sanddorn. Wer einmal durch eine Bergbaufolgelandschaft gelaufen ist, dem ist sicherlich diese Pflanze bewusst oder unbewusst begegnet. Eigentlich ist Sanddorn eine Küstenpflanze, die ursprünglich nicht im Mitteldeutschen Revier heimisch war. Durch den Tagebau veränderte Böden, sprich vor allem sandig und stickstoffarm, sind die Bedingungen für diese Pionierpflanze jedoch besonders günstig. Teilweise wurde Sanddorn künstlich eingebracht, um den sandigen Boden zu stabilisieren und um ihn für anspruchsvollere Arten aufzubereiten. Die Kultivierung von Sanddorn in Plantagen zur Zeiten der DDR als Vitamin C Quelle, sowie die Tatsache, dass

die orangenen Beeren eine beliebte Futterquelle von manchen Vogelarten ist, hat dazu beigetragen, dass sich Sanddorn immer mehr verbreitet hat. Als Resultat wird heute explizit davon abgeraten, Sanddorn weiter künstlich in diese Landschaft einzubringen¹⁶.

Rücken wir zum Beispiel den Sanddorn nun in den Mittelpunkt der Untersuchung, stellen wir fest, dass unterschiedliche Menschen andersgeartete Verhältnisse mit diesem Sanddorn haben; manche wollen ihn ausreißen, andere wollen seine Beeren sammeln und essen. Als Vitamin C-Quelle in der DDR wird er von manchen Anwohner:innen als wichtiges Kulturerbe begriffen. Und so ließe sich am Sanddorn aufzeigen, wie komplex das Verhältnis von Menschen zu einer spezifischen Landschaft sein kann, welche Perspektiven verschiedene Akteur:innen einnehmen, wie sie damit umgehen, und wie sie in und mit dieser Landschaft leben und sie gestalten.

Referenzen

Brown, K. (2019): *Manual for survival: a Chernobyl guide to the future*. First edition. New York: W.W. Norton & Company..

Head, L. & Atchison, J. (2009): Cultural ecology: emerging human-plant geographies. *Progress in Human Geography* 33 (2), 236–245.

Tsing, A., Gan, E., Swanson H. & Bubandt, N. (2017): Introduction: Haunted Landscapes of the Anthropocene, In: Tsing, A., Swanson, H., Gan, E. & Bubandt, N. (Hrsg.): *Arts of Living on a Damaged Planet*. University of

Minnesota Press.

Tsing, A., Mathews, A. & Bubandt, N. (2019): Patchy Anthropocene. Landscape Structure, Multispecies History, and the Retooling of Anthropology. *An Introduction to Supplement 20. Current Anthropology* 60(20), 86–97. <https://doi.org/10.1086/703391>.

Wandersee, J. H., & Schussler, E. E. (1999): Preventing Plant Blindness. *The American Biology Teacher*, 61(2), 82–86. <https://doi.org/10.2307/4450624>.

¹⁶ <https://www.landkreisleipzig.de/behoerdenwegweiser.html?m=tasks-detail&id=1531#module-body-dzra>.

Legacies of Unjust Transitions: Lessons from the South Wales Coalfield

Amy Walker

The current focus on coal phase-out in parts of Germany has continued a long-standing repositioning of the coal-fields, associated industries, and the attached mining communities as a focus for redevelopment and structural concern (Oei *et al.* 2020). As we, the general public, turn our attention to the international crisis of climate change, necessary sacrifices are espoused by policymakers and politicians alike. These include personal sacrifices, such as reducing individual consumption, and ecologically damaging behaviours, and larger-scale changes, such as the promise by the German government to phase-out coal mining across the country by 2038.

In this paper, I introduce the concept of ‘sacrifice zones’ for understanding communities affected by coal phase-out. These communities are at the forefront of prevailing energy policies, which have been negotiated and formalised at the level of government officials, energy companies, and political summits, far removed from the everyday realities of those living and working in (post-)fossil fuel extraction zones. Sacrifice zones, as discussed by Lerner (2012) and Scott and Smith (2017), are communities and wider areas positioned as ‘sacrifices’ at the frontier of energy economies. They suffer from poor working conditions, environmental degradation and destruction, and often physical, as well as economic, isolation in the

establishment of extensive and profitable energy infrastructure.

The context of coal-mining in Germany is imbued with its own complex histories of sacrificial efforts. The experience of oil crises throughout the 1970s threatened the lignite industry (Brauers *et al.* 2018), which was followed by the subsequent upheaval of reunification that is widely accepted to have decimated GDR industries, where once again these communities experienced the decline of the coal industry (Zhao and Alexandroff 2019; Brauers *et al.* 2018), having been “sacrificed” in the name of the reunification efforts (Kuechler 1992; Sinn and Sinn 1992). The end of coal mining in the UK, for example, I suggest can also illuminate the potential risks of coal-phase out that German industrial regions now face.

Coal Mining in the UK: A Brief Overview

Coal-mining, one of the four core industries that drove the industrial revolution, was the main source of fuel for the industrial development that made the UK the first industrialised nation. Coalfields appeared across the UK, with large coalfields across Scotland, Northern England, and the English Midlands, and notably, South Wales. The majority of this coal mining relied on deep-coal mining: extracting hard rock coal with deep pit-shafts and underground extraction. Despite the nationalisation of the industry in 1947 and the establishment of the National Coal Board, the once dominant coal-mining industry experienced protracted decline throughout the 20th century. This was typified by a lack of investment, mismanagement, dangerous working conditions, periodic

shutdowns at times of low-demand, and frequent industrial action in response to the poor working conditions and pay. The industry was also plagued by industrial accidents, in which led to coal mining being considered one of the most unpleasant and dangerous industries in the UK.

Notably, coal industry declined significantly in the 1920s, then stabilised throughout the 1940s and 1950s until the 1960s, when a period of extensive decline began. This marked a deterioration from which the coal industry would never recover, and industrial action was commonplace as an attempt to protect communities from mine closures. This industrial action culminated in a widespread strike in 1985 and 1986.

The South Wales Coalfield: A Case Study in Sacrifice Zones

Prior to the sinking of the deep coal mines, the South Wales Valleys, known colloquially as “the Valleys”, were typified by isolated farming and religious communities, but in the late 19th century, the discovery of coal caused a large-scale migration of miners to work in the rapidly expanding coal-mining industry and associated industrial works, including steelworks in the major urban towns. Other coal mines or “pits”, led to the construction of small villages at the base of the steep-sided valleys, containing lines of uniform terraced cottages built by mine owners to house their growing workforce. Until 1925, the Valleys were the largest coalfield in Great Britain; in 1913, 56 million tons of coal was mined there, and over 232,800 men were employed in the numerous pits (Blake 2004).

Such growth spurred the rapid development of the coal-exporting ports of Cardiff, Barry, and Newport, providing vast wealth to the owners of such industries and landowners in the area.

Like other similar mining communities across the UK, these communities were marred by economic deprivation and poverty, extensive pollution and contamination as a result of the mining and industry, and were defined by the fear of the industry that was the centre of these towns and villages. South Wales in particular experienced some of the worst mining disasters in UK history. For many though, the risk to health was pervasive even beyond disaster; men died young as a result of inhaling coal dust and worked in wet and dark conditions for long hours, always wary of the potential for rock-face collapses or explosions (Dennis et al. 1969). The relationships forged between the men, and the families who feared for them on a daily basis, were the root of the long-standing and deep networks that typified these communities. These communities developed social infrastructures to survive such conditions, building their own schools and hospitals, and establishing a rich social world of densely entangled kinship networks.

By the time the 1984-1985 strike began, South Wales was home to some of the most militant and devoted trade union members in the National Miner’s Union (NUM). A widely circulated pamphlet from the Wales Congress at the time read “[w]hen they close a pit, they kill a community”, a sentiment that permeated throughout the movement. Yet, the outcome of the 1984-1985 strike would go on to define the region for the next few decades, and as I argue, has enduring consequences for these

communities even now, 40 years later.

The End of Coal, The Miner's Strike, and A New Type of Sacrifice

By the time miners went out on strike in 1984, the UK was in a moment of economic transition, led by the rise of Margaret Thatcher and a global order of neoliberalism, aimed at creating small government, engineering a free market, and, in the case of the UK, transitioning to a service-based economy. Public support at the time was notably against the miners, at least in mainstream media (Turnheim and Geels 2012). Much of this was largely due to a decade of industrial action throughout the 1970s that predated this strike, and the public framing of the strike as an unnecessarily violent. By the time the strike concluded, conflicts with police and on picket lines had caused six deaths and had led to the arrest of 11,300 miners and supporters, including the president of the NUM, Arthur Scargill. Deepening inequalities further reduced sympathies for miners, who were confronted with a “propaganda assault on the miners” (Williams 2009, p. 39).

Yet, the demonisation of the striking miners was not the only way in which public sentiment turned against coal miners. A prevailing sense of the old miners as being old-fashioned, unwilling to adapt to the new economy, and contrary to the visions of a future for the UK away from dirty polluting industries was evident, framing miners as the “residual proletarians” (Arnold 2018). Popular and political sentiment pushed that the decline of industries such as coal-mining had been occurring for some time and it was time to transition to a new economic

system. The coal miners and their communities were a necessary sacrifice.

Following the defeat of the miners in mid-1985, the death blow to the coal-mining industry was swift. Between 1983 and 1994, the number of working mines in the UK fell from 174 to just 15. What had been a long-drawn out decline ended rapidly. Yet, it is the framing of this decline and the nature of the end of an industry many saw as inevitable that has enduring consequences for the communities that were “extinguished” by the end of coal mining (Easton 2014). The impact of these closures has been well-recounted. Generally, deindustrialisation is blamed for a slew of issues, including population decline, low-educational attainment, and high rates of addiction and mental-illness, as well as broader issues including infrastructural decline, pollution, distrust of institutions, and political resentment (Strangleman 2017, Linkon 2018, Stephenson and Wray 2005). It has been well-recorded that many of these issues are particularly pronounced in the ex-coal mining regions of the UK, including the South Wales coalfield (Beatty and Fothergill 1996, 2017; Beatty et al. 2007).

Yet, I want to draw attention to how these closures are recalled in such communities, which is vital to understanding the legacies of these closures. During my fieldwork, conducted in 2017 and 2018 in an area of the South Wales valleys called Ebbw Fach, I frequently heard how the decline of the coal industry was still a defining framing mechanism for how residents related to their village and community.

A BBC article focused on Blaenau Gwent, the council where Ebbw Fach is situated, explains: “[t]he numbers tell a long and sad story

of decline. ‘We are top of every league you don’t want to be top of,’ a man tells me. Poverty, sickness, worklessness – Blaenau’s name is always among the worst...the communities settled here [were] extinguished.’

Similar sentiments were evident from my own fieldwork. A quote from one resident explained how a sense of resentment endured in these communities:

“The people who worked in the mines, a lot of them stopped working in their 40s and 50s, and they are kind of left behind. People are still resentful about that...they’re like a loitering generation. Even their kids, they feel the same way.”

Evidently, the decline of such communities is still readily blamed on the pit closures that were most pronounced in the wake of the 1985 strike. I argue that the framing of the miners as “residual proletariat” from a by-gone era further entrenched the belief that these closures were politically motivated. Many miners and their families feel that pits were closed in retribution for their political opposition to the juggernaut of Thatcherism and its economic reforms, and that the ongoing difficulties faced by such communities is still a result of these political manoeuvrings. Again, it is worth remembering what these positionings did for public sentiment: the closure of the mines was framed as a necessary evil, a sacrifice required for the transition of the UK into the neoliberal economy.

Lessons for German Coal Phase-Out?

Whilst the circumstances surrounding the end of coal in the UK are in many ways unlike the coal-phase out in Germany, there are some

clear lessons that may be learned. Particularly, in hindsight, the economic, social, and cultural costs of the coal-phase out to these communities was severe and unequally experienced. A sacrifice of this magnitude was arguably too great to usher in a new era of neoliberalism, a system that exacerbated inequalities and further marginalised post-industrial communities. It is interesting to note the similarities between the sentiments being readily mobilised in the discourse around coal-phase out in contemporary Germany to those that still echo in the South Wales Valleys.

The pursuit of a post-fossil fuel future, addressing the threat of climate change disaster, is almost unquestionably, a far more noble justification than the move towards neoliberalism. Yet, as was not so evident at the time of the pit closures in 1980s Britain, there is chance history may repeat itself in German communities in the future. If we fail to learn lessons from the kinds of unjust transitions, or unjust transformations, that befell places such as the South Wales coal mining towns and villages, we risk replicating such damaging relationships from the past. However noble our intentions, the benevolence we believe that is inherent in the choice to “sacrifice” some communities can readily be reframed in the future and with the benefit of hindsight. If the energy transition in Germany, and across the EU alike, does not thoroughly address the cost of such sacrifices made by coal-mining communities and account for their historical marginalisation, we risk a similar perspective from within these communities in the future.

References

- Arnold, J. (2018): 'Like Being on death row': Britain and the end of coal, c.1970-to the present. *Contemporary British History*, 32(1), 1-17.
- Beatty, C. & Fothergill, S. (1996): Labour market adjustment in areas of chronic industrial decline: The case of the UK coalfields. *Regional Studies* 30(7), 627–640.
- Beatty, C. & Fothergill, S. (2017): The impact on welfare and public finances of job loss in industrial Britain. *Regional Studies, Regional Science* 4(1), 161–180.
- Beatty, C., Fothergill, S. & Powell, R. (2007): Twenty years on: Has the economy of the UK coalfields recovered? *Environment and Planning A* 39(7), 1654–1675.
- Blake, A. (2013): Neath valley deep pit may re-open, WalesOnline. URL: <https://www.walesonline.co.uk/news/wales-news/neath-valley-deep-pit-re-open-2418404>. Letzter Zugriff am 04.10.2022.
- Brauers, H., Herpich, P. & Oei P.-Y. (2018): The Transformation of the German Coal Sector from 1950 to 2017. In: Hirschhausen, C. Gerbault, C., Kemfert, C., Lorenz, C. & Oei, P.-Y. (Hrsg.): *Energiewende "Made in Germany": Low Carbon Energy Sector Reform in the European Context*. Cham: Springer, 45-77.
- Dennis, N., Henriques, F. & Slater, C. (1969): *Coal Is Our Life: An Analysis of a Yorkshire Mining Community*. 2. Ausgabe. London: Tavistock Publications.
- Easton, M. (2014): The unbearable sadness of the Welsh valleys. [online] BBC News. URL: <https://www.bbc.com/news/magazine-23028078>. Letzter Zugriff am 27.03.2021.
- Hencke, D. & Beckett, F. (2009): *Marching to the Fault Line: The Miners' Strike and the Battle for Industrial Britain*. London: Constable and Robinson Ltd.
- Kuechler, M. (1992): The Road to German Unity: Mass Sentiment in East and West Germany. *Public Opinion Quarterly* 56(1), 53-76.
- Lerner, S. (2012): *Sacrifice zones: the front lines of toxic chemical exposure in the United States*. Cambridge: Mit Press.
- Linkon, S. (2018): *The Half-Life of Deindustrialization*. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Oei, P.-Y., Hermann, H., Herpich, P., Holtemöller, O., Lünenbürger, B. & Schult, C. (2020): Coal phase-out in Germany—Implications and policies for affected regions. *Energy* 196(117004), 1-19.
- Perchard, A. (2013): 'Broken men' and 'Thatcher's children': Memory and legacy in Scotland's coalfields. *International Labor and Working-Class History* 84, 78–98.

- Scott, D. & Smith, A. (2017): "Sacrifice zones" in the green energy economy: toward an environmental justice framework. *McGill Law Journal/Revue de droit de McGill* 62(3), 861-898.
- Sinn, G. & Sinn, H. W. (1992): *Jumpstart: The economic unification of Germany*. Cambridge: Mit Press.
- Stephenson, C. & Wray, D. (2005): Emotional regeneration through community action in post-industrial mining communities: The New Herrington Miners' Banner Partnership. *Capital & Class* 29(3), 175-199.
- Strangleman, T. (2017): Deindustrialisation and the Historical Sociological Imagination: Making Sense of Work and Industrial Change. *Sociology* 51(2), 466-482.
- Turnheim, B. & Geels, F. W. (2012): Regime destabilisation as the flipside of energy transitions: Lessons from the history of the British coal industry (1913-1997). *Energy policy* 50, 35-49.
- Williams, G. (2009): *Shafted: The Media, the Miners' Strike and the Aftermath*. London: Campaign for Press and Broadcasting Freedom.
- Young, A. (1998): *Unintended consequences? Energy policy, electricity privatisation and the coal industry*. Coventry: Warwickshire Business School.
- Zhao, S. & Alexandroff, A. (2019): Current and future struggles to eliminate coal. *Energy Policy*, 129, 511-520.

„Postfossile Zukünfte: Strukturwandel gemeinsam gestalten“

Institut für Strukturwandel und Nachhaltigkeit (HALIS)
der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg Halle (Saale)

2023